

Pressespiegel der Volksinitiative

Niedersächsischen Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie
Schülerbeförderung (www.volksinitiative-lernmittelfreiheit.de)
Stand: 25.09.2005

Dieser Pressespiegel kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Bitte
schicken Sie Berichterstattungen über die Volksinitiative an
Volksinitiative.Lernmittel@gmx.de, damit der Pressespiegel ergänzt werden kann.

Inhalt

Neue Presse, Hannover, 24.09.05.....	2
Salzgitter Zeitung, 24.09.05.....	2
Neue Osnabrücker Zeitung, 24.09.2005.....	3
Die Welt, 24.09.05.....	4
Die Tageszeitung, Nord, 16.09.05.....	5
Neue Osnabrücker Zeitung, 16.09.05.....	6
Delmenhorster Kreisblatt, 07.07.05.....	7
ZWD, Zweiwochendienst Bildung & Politik Online, 30.06.05.....	8
Delmenhorster Kreisblatt, 06.06.05.....	8
Mindener Tageblatt, 03.06.05.....	9
Nordwest-Zeitung, 03.06.05.....	10
ap Hannover, 02.06.05.....	10
Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.05.05.....	11
Abendkurier Leer, 21.05.05.....	11
Ostfriesische Nachrichten, 10.05.05.....	12
dpa Meldung vom 06.05.05.....	13
Ostfriesen-Zeitung, General-Anzeiger, 04.05.05.....	13
Deister-Anzeiger, 29.04.05.....	14
Cuxhavener Nachrichten, 13.04.05.....	15
E&W, Erziehung und Wissenschaft, GEW Niedersachsen, April 2005.....	16
Enbecker Morgenpost, 07.04.05.....	17
Vorwärts, April 2005, Einlage SPD Landesverband Niedersachsen.....	18
Nordwest-Zeitung, Oldenburg, 24.02.05.....	18
Neue Osnabrücker Zeitung, Kreis Emsland 18.02.05.....	18
Abendkurier, Leer/Ostfriesland, 17.12.04.....	19
ver.di Publik, 11/2004,.....	20
Wolfsburger Nachrichten, 06.10.04.....	20
Achimer Kreisblatt, 21.09.04.....	21
Hamburger Abendblatt, Harburg, 04.09.04.....	21
Altkreis Nachrichten, 23.08.04.....	22
AGF- Presseinformation, 15.07.04.....	23
Weser Kurier, Achimer Kurier, 08.07.04.....	24
Nordwest-Zeitung, Landkreis Oldenburg, 02.07.04.....	25
Delmenhorster Kreisblatt, 02.07.04.....	25
Pressemitteilung des Regionsschülerrates Hannover vom 30.06.04.....	26
Braunschweiger Zeitung, 25.06.2004.....	27
Pressemitteilung des DGB Niedersachsen vom 24.06.04.....	28
www.buchhandel-niedersachsen.de/html/urteil_schulbuch.html.....	28
E&W, Erziehung und Wissenschaft, GEW Niedersachsen, Juni/Juli 2004, 15.06.04, S. 6.....	29
Dpa, 11.06.04.....	31
Nordwest-Zeitung, Stadt Oldenburg, 11.06.04.....	32
Börsenblatt - Online Magazin für den deutschen Buchhandel, 09.06.2004.....	32
Göttinger Tageblatt, 06.06.04.....	33
Salzgitter Zeitung, 04.06.04.....	34
Nordwest-Zeitung, Stadt Oldenburg, 03.06.04.....	35
Die Tageszeitung, Nord, 03.06.04.....	35
Neue Presse, Hannover, 02.06.04.....	36
Harburger Anzeigen und Nachrichten, 01.06.04.....	37
Braunschweiger Zeitung, 01.06.04.....	38
Braunschweiger Zeitung, 01.06.04.....	38
EuW (Erziehung u. Wissenschaft), Zeitung der GEW Niedersachsen, 05/2004, S. 8.....	39

Neue Presse, Hannover, 24.09.05

Harte Fronten im Streit um Lernmittelfreiheit

VON ALEXANDER DAHL

HANNOVER. Der außerparlamentarische Druck auf die Landesregierung nimmt zu, die 2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder einzuführen. „Wir wollen zunächst keine Drohkulisse aufbauen, aber die Option eines Volksbegehrens ist aktueller denn je“, erklärt Ulf Riebau, Sprecher der Gruppe „Volksinitiative Lernmittelfreiheit“. Gestern wurden das Pro und Kontra der Gratis-Schulbücher in einer Anhörung des Kultusausschusses im Landtag erörtert. Die Initiative hatte mehr als 160 000 Unterschriften gesammelt und damit erreicht, dass der Landtag das Anliegen beraten muss.

In der Beratung selbst schienen die Fronten verhärtet. Riebau erklärte, der Zwang zum Kauf oder zum Mieten teurer Schulbücher werde den Trend zur Kinderlosigkeit verstärken. „Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit ist ein Schulgeld durch die Hintertür“, klagte er. Argumente, die kostenfreien Schulbücher seien nicht mehr bezahlbar, wies er zurück. Es gehe um weniger als 0,1 Prozent der Landesausgaben, das sei in jedem Fall zu finanzieren. Und: „Wer argumentiert, früher hätte es nur veraltete Bücher gegeben, kann auch die kostenlose Schülerbeförderung abschaffen, weil es in Privat-Pkws der Eltern schneller geht“, so Riebau.

Überzeugen konnte Riebau in der Anhörung nicht. Die Opposition aus SPD und Grünen stimmte der Initiative zu, die Regierungsparteien CDU und FDP blieben skeptisch. Die finanziellen Belastungen für Familien seien gestiegen, aber das Mietmodell sei wenigstens sozial gerecht, sagte Ursula Körtner (CDU). Die Versorgungsmentalität trage nicht mehr, bei den Staatsfinanzen „sei Matthäi am Letzten“, verteidigte Hans-Werner Schwarz (FDP) die Streichung. Die Regierung solle ihren Entschluss überdenken, bat Ingrid Eckel (SPD). Sonst könne die Regierung das Ziel gerechter Bildungschancen abhaken, ergänzte Ina Korter (Grüne).

Riebau sah nach der Anhörung dennoch etwas optimistisch in die Zukunft. „Hintervorgehaltener Hand schließt die Regierungsseite einen Kompromiss nicht aus, weil gerade der CDU das Ergebnis der Bundestagswahl zu denken gegeben hat“, sagte er. Im Kultusministerium indes wird nicht an eine Rückkehr zur Lernmittelfreiheit gedacht. „Vorkehrungen dazu, vom jetzt gültigen Mietmodell abzurücken, gibt es nicht“, I unterstrich Pressesprecher Georg Weßling.

Salzgitter Zeitung, 24.09.05

„Eltern zahlen zu viel für Schulbücher“

Anhörung im Landtag: Die Volksinitiative Lernmittelfreiheit kämpft weiter um mietfreie Bücher

Von Michael Ahlers

HANNOVER. Niedersachsens Eltern müssen nach dem Streichen der Lernmittelfreiheit viel zu viel für geliehene Schulbücher zahlen, findet die Volksinitiative Lernmittelfreiheit. Der Landesregierung droht ein Volksbegehren.

„Die vielen neuen Eigenbeteiligungen, Gebühren und Entgelte sind für immer mehr Familien in der Summe nicht mehr tragbar“, sagte Ulf Riebau, Sprecher der Initiative, während einer Anhörung im Landtag.

Statt immer auf die Finanzlage zu verweisen, müsse die Politik Prioritäten setzen, so Riebau. Es gehe um höchstens 0,2 Prozent des Landeshaushalts. Wenn der Staat sich weiter aus der Bildungsfinanzierung zurückziehe, könnten Kinder aus Familien mit wenig Einkommen ihre Leistungspotenziale nicht entfalten.

„Die 39 Euro, die das Mieten pro Kind und Schuljahr im Schnitt kosten soll, finde ich nirgendwo“, wies der Mitgründer der Initiative, der frühere Wolfsburger Stadtteilernratsvorsitzende Bernd Hahn, auf die Kosten der Buch-Miete hin.

Nach einer Umfrage bei Schulen der Region lägen sie an Grundschulen mit 10 bis 25 Euro zwar darunter, an weiterführenden Schulen mit 45 bis 110 Euro aber deutlich höher, sagte Hahn: „Rechnet man noch teure Taschenrechner und weitere Kosten ein, kommt man auf bis zu 300 Euro pro Kind und Schuljahr.“ Das Kultusministerium war als Spitzenwert von 92 Euro für Bücher ausgegangen.

„Besserer Buchbestand“

„Es geht um Chancengleichheit“, forderte die SPD-Abgeordnete Ingrid Eckel wie die Initiative eine Rückkehr zur Lernmittelfreiheit. Die Grüne Ina Korter kritisierte, der Zuschuss des Landes für sozial Schwache sei mit derzeit 5 und demnächst 4 Millionen Euro pro Jahr gering. „Bei der Lernmittelfreiheit werden Besserverdienenden die Bücher geschenkt“, verteidigte der CDU-Politiker Karl-Heinz Klare das Mietmodell. Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger sowie weitere Gruppen seien zudem von der Miete befreit. Der FDP-Politiker Hans-Werner Schwarz wies auf Rabatte für kinderreiche Familien hin. Als Problem gelten intern aber einkommensschwache Familien, die nicht unter die Befreiung fallen. Die CDU-Abgeordnete Ursula Körtner räumte ein, dass Bürger-Eingaben gegen die Regelung vorliegen. Die Koalition betont auch, dass die Schüler mit einem besseren Buchbestand arbeiten können, weil die Mieteinnahmen für Neuanschaffungen da sind.

Volksbegehren droht

Wird die Volksinitiative im Landtag mit der Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt, wollen die Macher ein Volksbegehren starten.

„Bei der Initiative hatten wir keinen Etat, und die Infrastruktur in der Elternschaft war schlecht“, sagte Riebau unserer Zeitung. Das Volksbegehren würden die Macher im größeren Stil angehen – und wollen Prominente als Zugpferde gewinnen. Auf mehr als 160 000 Unterstützer kam die Initiative nach eigener Zählung, für das Volksbegehren wären rund 600 000 Unterschriften nötig. Die CDU, so das Kalkül, kämpft gerade gegen das Image sozialer Kälte – und 2008 sind Landtagswahlen.

Neue Osnabrücker Zeitung, 24.09.2005

Mit Prominenten doch noch zum Erfolg?

Von Jens Peter Dohmes, Redaktion Hannover

Hannover Die Chancen stehen schlecht, doch die Kritiker geben nicht auf: Mit einer großen Öffentlichkeitskampagne und der Werbung durch prominente Fürsprecher will die Volksinitiative für die Lernmittelfreiheit weiter für ihr Ziel kämpfen.

Das machte der Sprecher der Initiative, Ulf Riebau, am Freitag am Rande der Anhörung im Kultusausschuss deutlich. Dabei zeichnete sich ab, dass es

vermutlich dabei bleiben wird, dass Schulbücher in Niedersachsen nicht mehr kostenfrei ausgegeben werden.

CDU und FDP betonten erneut, auf Grund leerer Kassen habe man keine andere Wahl. Gleichzeitig verwiesen sie auf den Erfolg des neu eingeführten Mietmodells. Eltern müssten im Durchschnitt nicht mehr als 39 Euro pro Kind und Schuljahr für Bücher berappen – das halten die Regierungsfractionen für zumutbar.

Die Opposition, die sich voll hinter die Volksinitiative stellte, bezweifelt diese Zahl. Mindestens 60 Euro, oft aber auch 80 Euro und mehr müssten zum Beispiel für die Schulbücher von Oberstufenschülern auf den Tisch geblättert werden, sagte die SPD-Abgeordnete Alice Graschtat. "Keine Ahnung, wie Busemann auf seine Zahl kommt", sagte sie. "Ab Klasse fünf ist sie jenseits aller Realität."

Zusammen mit zusätzlichen Anschaffungen, zum Beispiel Taschenrechnern und teuren Atlanten, stiegen die Kosten pro Schulkind rasch auf bis zu 300 Euro, sagten die Kritiker. Alle Eigenbeteiligungen, Gebühren und Entgelte seien indes für immer mehr Familien nicht mehr tragbar, argumentierte Riebau. Dies führe auch dazu, dass immer mehr Paare kinderlos blieben.

Das finanzielle Argument ließ der Sprecher nicht gelten: "Die Einführung der Lernmittelfreiheit hat ein Volumen von 0,1 Prozent im Landeshaushalt. Das muss zu machen sein", sagte er.

CDU und FDP hingegen verweisen darauf, dass sozial schwache Schüler von den Gebühren befreit sind und Familien mit mindestens drei Kindern nur 80 Prozent der Miete zahlen müssten. So zahlten 90000 Schüler gar nichts für die Bücher, weitere 100000 aus kinderreichen Familien würden entlastet. Dies gelinge aber nur, indem die Kosten auf alle Eltern umgelegt würden, kritisierte wiederum die Volksinitiative. Denn die bereitgestellten vier Millionen Euro des Landes gingen komplett für die Gebührenbefreiung drauf. Insgesamt spart das Land nach eigenen Angaben jährlich rund 20 Millionen Euro durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit.

Beide Lager warfen sich gegenseitig vor, das Ergebnis der Beratungen stehe für sie bereits fest. Tatsächlich scheinen die Fronten verhärtet. Kein Thema mehr war indes die zunächst geforderte kostenlose Schülerbeförderung. Dass es dabei bleibe, hatte zuletzt Kultusminister Bernd Busemann im Parlament zugesichert.

Wenn nun der Landtag wie erwartet gegen das Ansinnen stimmt, bleibt die Möglichkeit des Volksbegehrens. Dazu müssten 600000 Unterschriften gesammelt werden – "aber selbst wenn es nur 500000 sind, üben wir Druck aus", sagte Riebau. Er will weiterkämpfen.

Die Welt, 24.09.05

Keine Chance für kostenlose Schulbücher

Eltern in Niedersachsen müssen Lernmittel für ihre Kinder selbst bezahlen – Initiative droht mit Volksbegehren

Hannover dpa – Auch künftig werden Eltern in Niedersachsen die Schulbücher ihrer Kinder selbst bezahlen müssen. An dieser Position der Regierungsfractionen von CDU und FDP änderte auch eine Anhörung der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit im Landtag am Freitag nichts.

Der Schulexperte der CDU-Fraktion, Karl-Heinz Klare, betonte: "Wir nehmen die Sache sehr ernst." Angesichts der dramatischen Haushaltslage sei das bestehende Mietmodell für Schulbücher aber die beste aller Möglichkeiten. Eine

Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit aus Zeiten der SPD-Regierung schloß Klare aus.

"Das Argument ist immer, es ist kein Geld da", sagte der Sprecher der Initiative, Ulf Riebau aus Oldenburg. Dabei habe es der Staat und vor allem das Parlament selbst in der Hand, etwas an den Einnahmen und der Verteilung zu ändern. "Die Einführung der Lernmittelfreiheit hat ein Volumen von 0,1 Prozent im Landeshaushalt. Das muß zu machen sein", sagte Riebau.

Die Landesregierung hatte im vorigen Jahr die Lernmittelfreiheit wegen chronisch knapper Kassen abgeschafft. Seither müssen die Eltern die Schulbücher ihrer Kinder wieder voll zahlen. Sie haben dabei die Möglichkeit, das Lernmaterial entweder komplett neu zu kaufen oder es von den Schulen zu mieten.

Die Volksinitiative hatte weit mehr als die für eine Behandlung im Parlament erforderlichen 70 000 Unterschriften gesammelt. Nach eigenen Angaben unterzeichneten rund 160 000 Menschen den Aufruf. Unterstützung für die Initiative kam auch von der Opposition: "Wer das eindeutige Votum von 160 000 Bürgern schlicht ignoriert, leistet der Politikverdrossenheit Vorschub", sagte die SPD-Abgeordnete Ingrid Eckel. "Wir müssen den Trend zur immer stärkeren Abwälzung der Kosten für die Schulausbildung auf die Eltern stoppen."

Die Grünen warfen der Koalition vor, die Abschaffung belaste vor allem die sozialschwachen Familien im Land. Wie die SPD unterstützen auch die Grünen die Initiative: "Ich finde es ganz außerordentlich, was sie geleistet haben", sagte die Abgeordnete Ina Korter.

Der FDP-Abgeordnete Hans-Werner Schwarz bezeichnete das Mietmodell als gerechtes System. Schwarz sagte: "Rund 90 000 Familien müssen für die Schulbücher ihrer Kinder nichts zahlen." Würde die Lernmittelfreiheit wieder eingeführt, dann ändere sich für sozial schwache Familien gar nichts. Lediglich diejenigen, die die Schulbücher bezahlen könnten, würden davon wieder freigestellt, erläuterte der Abgeordnete.

Im Oktober oder im November wird der Landtag endgültig über das Anliegen der Initiative abstimmen. Sollte die Mehrheit von FDP und CDU den Antrag der Gruppe zurückweisen, wird es möglicherweise ein Volksbegehren geben. "Wir ziehen das ernsthaft in Erwägung", sagte Riebau. Für ein Volksbegehren bräuchte es mindestens rund 600 000 Unterschriften. Die bisher gesammelten Listen dürfen allerdings nicht verwendet werden.

Die Tageszeitung, Nord, 16.09.05

Respekt reicht nicht

Obwohl eine Volksinitiative satte 160.000 Unterschriften gegen das Ende der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen vorlegt, dürften die Basisdemokraten vorerst erfolglos bleiben

von Kai Schöneberg

Es ist ein Jammer mit der Basisdemokratie: Ob Otto Normalwähler gegen Müllverbrennungsanlagen oder Einkaufszentren unterschreibt - häufig stolpern Graswurzeldemokraten über rechtliche Fallstricke oder die Zahl der Unterzeichner. In den elf Jahren seit Inkrafttreten des Volksabstimmungsgesetzes haben in Niedersachsen bislang zwar sieben Bürgerbegehren und zehn Volksinitiativen stattgefunden, aber nur drei waren erfolgreich. 1994 kam der Gottesbezug in die Landesverfassung, drei Jahre später setzten 75.000 Unterschriften durch, dass ein ADAC-Hubschrauber in Wolfenbüttel stationiert

bleibt. Gestern war im Landtag in Hannover zu besichtigen, was passieren kann, wenn ein Bürgerbegehren außerordentlich erfolgreich ist - nämlich außerordentlich wenig.

Im vergangenen Jahr schaffte Schwarz-Gelb die seit 1991 geltende Lernmittelfreiheit ab. Seitdem können Eltern die Schulbücher zu etwa einem Drittel des Kaufpreises leihen - das kostet bis zu 100 Euro im Schuljahr, im Durchschnitt 40. Weil der Oldenburger Städtelternrat Ulf Bröcker darin die "Einführung eines heimlichen Schulgeldes" sah, rief er mit anderen Eltern, Parteien und Gewerkschaften zur Volksinitiative auf. Die "Privatisierung der Schulkosten" sei familienfeindlich und sozial ungerecht. Eltern zahlen schließlich auch noch Arbeitshefte, Taschenrechner, Atlanten, Kopien und Nachhilfe.

Satte 160.000 Unterschriften sammelte die Volksinitiative - dabei hätten schon 70.000 gereicht, um eine erneute Debatte im Landtag und damit moralischen Druck auf die Landesregierung zu erzwingen. "Die Eltern erwarten mehr von Ihnen als die ewige Litanei: Kein Geld, das hat die SPD verbraten", sagte die grüne Schulexpertin Ina Korter gestern in Richtung Kultusminister Bernd Busemann (CDU). Der habe die Hausaufgabenhilfe abgeschafft und bei der Sprachförderung in Kindergärten gekürzt - "überall wo die Schwächsten betroffen sind, langen Sie voll zu!", meinte Korter. Walter Meinhold von der SPD lobte zwar, dass Büchergeld für langzeitarbeitslose Eltern bereitgestellt worden sei. Allerdings träfen die Mietkosten all die mit voller Wucht, deren Einkommen knapp über der Grenze liegen. Und überhaupt. Meinhold: "Die Scheindebatte nimmt viele, die unterschrieben haben, nicht ernst."

Busemann wedelte mit einem zerfledderten Französischbuch in den Landtag: "Dieses Buch stammt aus dem Jahr 1999 und wurde von sechs Schülern benutzt - das ist Lehrmittelfreiheit à la SPD". Sein Mietmodell sei eine "sozialverträgliche Lösung - sogar mit Geschwisterrabatt". Kommenden Freitag darf die Initiative sogar im Kultusausschuss reden. Trotz des vielfach ausgesprochenen "Respekts" für die Begehrer zeichnet sich wegen knapper Kassen ein deftiges busemannsches "Non" ab. Die Initiative denkt deshalb bereits über ein Volksbegehren nach - auch dann müsste der Landtag deren Anliegen wieder aufgreifen. Dafür benötigen die Basisdemokraten jedoch etwa 600.000 Unterschriften.

Neue Osnabrücker Zeitung, 16.09.05

Eltern sollen weiter für Schulbücher zahlen

Hannover (jd) Triumphierend hielt Bernd Busemann das zerfledderte Französischbuch in die Höhe: "Das ist Lernmittelfreiheit à la SPD", rief er. Das Buch sei sechs Jahre alt und von sechs Schülern benutzt worden. "Und es sieht auch so aus". Für den Kultusminister ein Beweis dafür, dass es richtig war, die Lernmittelfreiheit abzuschaffen.

Dabei soll es nach dem Willen der Regierung auch bleiben - obwohl eine Volksinitiative 160000 Unterschriften für deren Wiedereinführung gesammelt hat. Weil dies weit mehr als die geforderten 70000 waren, musste sich der Landtag am Donnerstag noch einmal mit diesem Thema befassen. Doch obwohl im Kultusausschuss noch eine Anhörung mit Vertretern der Initiatoren stattfindet: In der Sache wird sich wohl nichts ändern. Die Opposition kritisierte denn auch, die Regierungsfractionen würden das Ergebnis der Volksinitiative ignorieren. Busemann lobte indes die Neuregelung: Die Landeskasse werde durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit um jährlich 20 Millionen Euro entlastet. Das eingeführte "Mietmodell" habe sich bewährt; es Sorge für einen besseren Zustand der Bücher, die Schulen hätten dank Mieteinnahmen mehr Geld für Neuanschaffungen.

Der SPD-Abgeordnete Walter Meinhold sprach sich hingegen für die Lernmittelfreiheit aus, deren Abschaffung unsozial sei. Von einer "Ohrfeige" für die Regierung sprach Grünen-Schulexpertin Ina Korter. Die Landesregierung streiche dort, wo sich die Menschen am wenigsten wehren könnten. Busemann hielt dagegen, Eltern würden im Schnitt nicht mehr als 39 Euro pro Kind und Schuljahr für Schulbücher zahlen; sozial schwache Familien seien von den Gebühren befreit.

Den Initiatoren bliebe als weitere Möglichkeit des Protests das Volksbegehren. Dann müssten 600000 Niedersachsen für die Lernmittelfreiheit unterschreiben. Verweigert der Landtag dann noch seine Zustimmung, käme es zum Volksentscheid.

Delmenhorster Kreisblatt, 07.07.05

Live-Diskussion bringt keine Annäherung im Bücherstreit

Landrat Frank Eger diskutiert in Bookholzberg mit Abgeordneten und Eltern

Das Ende der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen sorgt für politische Debatten. So auch gestern im Gasthaus „Zum schwarzen Ross“, von wo das Nordwestradio eine Live-Diskussion ausstrahlte.

Bookholzberg (jts). Noch wenige Minuten bis zur Sendung. Elske Brault, Moderatorin des Nordwestradios, trägt einen riesigen Kopfhörer und spricht über ein Mikrofon mit der Regie. Dann sind die 14-Uhr-Nachrichten vorbei, die Sendung „Niedersachsen auf Sparkurs - Bildung auf Sparflamme?“ beginnt.

Um möglichst viele Hörer an die Sendung zu binden, sollen noch vor der ersten Musik die beiden Hauptkontrahenten knackige Statements von sich geben. Einer davon ist Ulf Riebau, Sprecher der „Volksinitiative für Lernmittelfreiheit.“ Er feuert dem CDU-Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Klare die erste politische Breitseite entgegen: „Die Schulen in Niedersachsen werden kaputt gespart.“ Darauf Klare: „Besser jetzt das Büchergeld als unsere Kinder in der Zukunft zu belasten.“ Das Land sei völlig pleite, so Klare in der Rolle des Regierungsverteidigers. Seichte Popmusik wird eingespielt, die Elske Brault freut sich sichtlich über den gelungenen Einstieg.

Nächste Runde, Karl-Heinz Klare verteidigt das neue Leihsystem für Schulbücher, über 80 Prozent der Eltern nutzten es. „Wir haben vor der Wahl angekündigt, dass wir die Lernmittelfreiheit einschränken und dafür mehr Lehrer einstellen“, sagt er. Zudem seien Bedürftige ausgenommen, ergänzt Klare.

Hier schaltet sich Landrat Frank Eger ein: „Für die Bedürftigen zahlt der Landkreis und somit auch der Steuerzahler.“ Ob und in welcher Höhe das Land für die Hartz IV-Betroffenen zuschießt - das können Eger und Klare nicht ausdiskutieren. Elske Brault eilt zum nächsten Punkt, muss noch Claus-Peter Poppe (SPD-Landtagsabgeordneter) und Gabriele Bley (vierfache Mutter) einbinden.

Poppe überrascht kaum mit der Aussage, dass eine SPD-geführte Regierung das Büchergeld „natürlich“ nicht erheben würde. Bemerkenswert schon eher Gabriele Bley: Sie zahle gerne, denn „ich möchte dazu beitragen, dass wir unseren Kindern keinen Schuldenberg hinterlassen. Einige Argumente und fast genau so viele Musikpausen später verspricht CDU-Mann Klare noch, dass seine Regierung nicht bei den Zuschüssen für die Schulbeförderung sparen wolle. Auf die Frage, ob es im Landtag noch eine Annäherung bei dem Thema geben könne, pflegen die Politiker ein bekanntes Ritual. Klare: „Wenn die SPD eine Gegenfinanzierung aufzeigt.“ Darauf Poppe: „Wir sind doch nicht die Haushälter der CDU.“

Das sei wohl nicht die letzte Sendung zur Bildungspolitik gewesen, sagt Brault. Dann ist die Sendung vorbei.

ZWD, Zweiwochendienst Bildung & Politik Online, 30.06.05

Landtag muss Lernmittelfreiheit neu beraten

zwd Hannover (ibe) - Der niedersächsische Landtag wird sich erneut mit der Lernmittelfreiheit befassen müssen. In der ersten Sitzung nach der Sommerpause stehe deren Wiedereinführung zur Debatte, sagte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Heike Bockmann, am 29. Juni in Hannover. Voraus gegangen war ein entsprechender Beschluss des Rechtsausschusses. Die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit hatte 160.000 Unterschriften von Eltern und LehrerInnen gesammelt, um eine neue Beratung im Landtag zu erzwingen.

Nach Gesetz wären nur 70.000 Unterschriften notwendig gewesen. Der Sprecher der Initiative, Ulf Riebau, wertet die Aktion daher als großen Erfolg: "Immer mehr Eltern und BürgerInnen empfinden die zunehmende Privatisierung von Bildungskosten als sozial- und familienpolitisch ungerecht." Durch die für das laufende Schuljahr eingeführte Ausleihe von Lernmitteln gegen Entgelt werde "durch die Hintertür ein verdecktes Schulgeld eingeführt, das gegen die von der Bundesrepublik ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention verstößt." Eltern schulpflichtiger Kinder in Niedersachsen seien durch die neuen Regeln zusätzlich mit insgesamt 41 Millionen Euro zur Kasse gebeten worden, heißt es in einer Erklärung der Initiative.

Die SPD-Opposition im Landtag will jetzt die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit fordern. Die bildungspolitische Sprecherin, Ingrid Eckel: "Wir müssen den Trend zur immer stärkeren Abwälzung der Kosten für die Schulausbildung auf die Eltern stoppen. Sonst wird sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft noch weiter verstärken."

Delmenhorster Kreisblatt, 06.06.05

Lernmittelfreiheit muss wieder eingeführt werden"

Delmenhorst/Hannover (rfg). Nachdem die Volksinitiative zur Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit weit über 100000 Unterschriften an den Landeswahlleiter übergeben hat, muss sich der niedersächsische Landtag erneut mit dem Thema befassen. Die CDU/FDP-Landesregierung hatte die Lernmittelfreiheit 2004 abgeschafft. Seitdem müssen die Eltern die Schulbücher gegen eine Gebühr leihen oder selbst kaufen.

An der Volksinitiative haben sich auch Delmenhorster beteiligt. „Die Volksinitiative war ein riesiger Erfolg und ist ein klares Signal an die Landesregierung. Die Lernmittelfreiheit muss wieder eingeführt werden“, sagte die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Swantje Hartmann. Durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit würden insbesondere Familien mit normalem Einkommen und mehreren schulpflichtigen Kindern belastet, so Hartmann. Die Politik der Landesregierung, die Kosten für die Schulausbildung immer stärker auf die Eltern abzuwälzen, müsse geändert werden. „Sonst besteht die Gefahr, dass sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft noch weiter verstärkt“, schreibt die SPD-Bürgermeisterin.

Mindener Tageblatt, 03.06.05

Etappenziel für kostenlose Schulbücher erreicht

Volksinitiative übergibt 160 000 Unterschriften / Kultusminister weist Forderung zurück

Hannover (Ini). Die Volksinitiative für die Wiedereinführung von kostenlosen Schulbüchern in Niedersachsen hat ihr erstes Etappenziel erreicht: Die Initiatoren übergaben am Donnerstag in Hannover 160 000 Unterschriften an den Landeswahlleiter - 90 000 mehr als notwendig sind, damit sich der Landtag erneut mit dem Thema befassen muss.

Wegen der Finanzlage des Landes hatte die CDU/FDP-Regierung die Lernmittelfreiheit im vergangenen Jahr abgeschafft. Seitdem müssen die Eltern alle Schulbücher kaufen oder gegen Gebühr leihen.

„Wir sind optimistisch, dass sich die Regierung bewegt, weil wir eindrucksvoll dargelegt haben, dass die Eltern die zusätzlichen Kosten so nicht hinnehmen werden“, sagte der Sprecher der Initiatoren der Volksinitiative, Ulf Riebau. Allein die Miete für die Schulbücher könne pro Kind bis zu 100 Euro im Schuljahr betragen, kritisierte er. „Der Staat darf sich nicht weiter zurückziehen und das Bildungswesen kaputt sparen, obwohl wir eines der reichsten Länder der Erde sind.“

Nun ist das Land am Zug: Zunächst muss Landeswahlleiter Karl-Ludwig Strelen prüfen, ob tatsächlich genügend gültige Unterschriften für die Volksinitiative zusammengekommen sind. Wenn er dies formal festgestellt hat, muss sich der Kultusausschuss des Landtages mit dem Anliegen befassen. In einer öffentlichen Sitzung werden auch die Vertreter der Volksinitiative angehört. Anschließend muss der Landtag über die Forderungen der Eltern entscheiden.

Kultusminister Bernd Busemann (CDU) wies die Forderungen der Eltern zurück: „Die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit kommt einer Aufforderung zu einer höheren Neuverschuldung gleich“, sagte er. Sollte die Entscheidung rückgängig gemacht werden, würde dies mindestens 20 Millionen Euro zusätzliche Neuverschuldung jährlich bedeuten. „Wenn man es ordentlich machen würde, so dass aktuelles und gutes Material vorhanden ist, müssten wir sogar 40 Millionen Euro neue Schulden jährlich machen“, sagte Busemann. „Vor dem Hintergrund der Finanzlage des Landes ist das eine Phantomdebatte.“ Busemann betonte, das Ausleihverfahren habe sich bewährt.

Sollte die Volksinitiative von der CDU/FDP-Mehrheit niedergeschlagen werden, denken die Initiatoren darüber nach, als nächsten Schritt ein Volksbegehren einzuleiten. Dann müssten erneut Unterschriften gesammelt werden, diesmal allerdings mehr als 600 000. Niedersächsische Eltern hatten bereits einmal mit einem Volksbegehren gegen die Freigabe der Standards für Kindertagesstätten Erfolg. Damals kippte die SPD-Regierung die Änderungen.

Der Sprecher der Volksinitiative, Riebau, betonte: „Immer mehr Bürger empfinden die zunehmende Privatisierung von Bildungskosten als sozial- und familienpolitisch ungerecht.“ An vielen Schulen fingen die Eltern bereits durch ehrenamtliches Engagement Einsparungen des Landes und der Kommunen auf. So renovierten sie beispielsweise Klassenräume, richteten Schulbüchereien ein oder organisierten kostenlose Betreuungsangebote.

SPD und Grünen im Landtag unterstützen das Anliegen der Eltern. „Die vielen Unterschriften sind ein unmissverständliches Signal an die Landesregierung: Die

Lernmittelfreiheit muss wieder eingeführt werden", sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Jüttner.

Nordwest-Zeitung, 03.06.05

Eltern wollen Lernmittelfreiheit

SCHULEN Kultusminister spricht von einer „Phantomdebatte“

HANNOVER/DPA - Die Volksinitiative für die Wiedereinführung von kostenlosen Schulbüchern in Niedersachsen hat ihr erstes Etappenziel erreicht: Die Initiatoren übergaben am Donnerstag in Hannover 160 000 Unterschriften an den Landeswahlleiter - 90 000 mehr als notwendig sind, damit sich der Landtag erneut mit dem Thema befassen muss. Wegen der Finanzlage des Landes hatte die CDU/FDP-Regierung die Lernmittelfreiheit im Vorjahr abgeschafft.

Seitdem müssen die Eltern alle Schulbücher kaufen oder gegen Gebühr leihen.

„Wir sind optimistisch, dass sich die Regierung bewegt, weil wir eindrucksvoll dargelegt haben, dass die Eltern die zusätzlichen Kosten so nicht hinnehmen werden“, sagte der Sprecher der Initiatoren der Volksinitiative, Ulf Riebau aus Oldenburg. Allein die Miete für die Schulbücher könne pro Kind bis zu 100 Euro im Schuljahr betragen, kritisierte er.

Nun ist das Land am Zug: Zunächst muss Landeswahlleiter Karl-Ludwig Strelen prüfen, ob tatsächlich genügend gültige Unterschriften für die Volksinitiative zusammen gekommen sind. Wenn er dies formal festgestellt hat, muss sich der Kultusausschuss des Landtages mit dem Anliegen befassen.

Kultusminister Bernd Busemann (CDU) wies die Forderungen der Eltern zurück: „Die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit kommt einer Aufforderung zu einer höheren Neuverschuldung gleich“, sagte er. „Wenn man es ordentlich machen würde, so dass aktuelles und gutes Material vorhanden ist, müssten wir sogar 40 Millionen Euro neue Schulden jährlich machen“, sagte Busemann. „Vor dem Hintergrund der Finanzlage des Landes ist das eine Phantomdebatte.“ Busemann betonte, das Ausleihverfahren habe sich bewährt.

Der Sprecher der Volksinitiative, Riebau, betonte: „Immer mehr Bürger empfinden die zunehmende Privatisierung von Bildungskosten als sozial- und familienpolitisch ungerecht.“

SPD und Grünen im Landtag unterstützen das Anliegen der Eltern.

„Die vielen Unterschriften sind ein unmissverständliches Signal an die Landesregierung: Die Lernmittelfreiheit muss wieder eingeführt werden“, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Jüttner.

ap Hannover, 02.06.05

Donnerstag 2. Juni 2005, 18:36 Uhr

Niedersachsen: 160.000 Unterschriften für Lernmittelfreiheit

Hannover (AP) Die niedersächsische Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und kostenlose Schülerbeförderung hat am Donnerstag dem Wahlleiter des Landes

160.000 Unterschriften ausgehändigt. Nach dem Volksabstimmungsgesetz müsse sich nun der Landtag mit der Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit befassen, sagte der Sprecher der Volksinitiative Ulf Riebau in Hannover. Angesichts der großen Zahl der Unterschriften gehe man davon aus, dass das Parlament für kostenlose Lernmittel votieren werde.

Andernfalls werde es weitere Protestaktionen und möglicherweise auch eine Unterschriftensammlung für eine Volksabstimmung geben. Die Lernmittelfreiheit wurde in Niedersachsen im vergangenen Jahr abgeschafft. Eltern können die Schulbücher ihrer Kinder nun stattdessen gebührenpflichtig bei den Lehranstalten ausleihen. Nach Angaben der Initiative mussten sie für Leihgebühren und Anschaffung weiterer Schulbücher im laufenden Schuljahr insgesamt 41 Millionen Euro aufbringen.

Kultusminister Bernd Busemann wies die Forderung nach Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit zurück. Die Wiedereinführung komme der Forderung nach 40 Millionen Euro zusätzlicher Neuverschuldung pro Jahr gleich, sagte der CDU-Politiker. Angesichts der Haushaltslage des Landes handele es sich um eine Phantomdebatte.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.05.05

Erfolg der Volksinitiative für Schulbücher

Hannover (mak). Erster Erfolg für die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung: Der Verein übergibt am kommenden Donnerstag in Hannover 100 000 Unterschriften an den Landeswahlleiter. 70 000 Unterschriften hätten ausgereicht. Die unter anderem von Elternvertretern, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem DGB unterstützte Initiative will erreichen, dass der Landtag die zum Schuljahresende 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder einführt. Außerdem fordern die Unterzeichner, den kostenlosen Transport von Schülern dauerhaft sicherzustellen. Nach dem niedersächsischen Volksabstimmungsgesetz muss sich jetzt der Landtag mit der Forderungen der Initiative beschäftigen

Aus Sicht der Initiative ist die derzeitige Situation ungerecht. Eltern mit geringerem Einkommen müssten einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Bildung ihrer Kinder aufwenden als Eltern mit höherem Einkommen. Die Eltern müssten nicht nur die Schulbücher ihrer Kinder bezahlen, sondern zum Beispiel auch Taschenrechner, Atlanten und Kopierkosten. Außerdem würden häufig Spenden von Schulfördervereinen gefordert. Die Volksinitiative macht außerdem geltend, dass viele Eltern sich in den Schulen ehrenamtlich engagieren, unter anderem bei der Umgestaltung von Klassenräumen und Schulhöfen oder bei der Betreuung von Schulbüchereien. Dadurch könnten das Land und die Kommunen als Schulträger schon erhebliche Kosten sparen. Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit sei daher eine „unzumutbare Belastung“ für die Familien.

Abendkurier Leer, 21.05.05

Endspurt Volksinitiative Lernmittelfreiheit

Bereits Ende letzten Jahres hatte der AK über die Volksinitiative Lernmittelfreiheit berichtet. Damals waren knapp 10.000 Unterschriften gesammelt. Heute sind es über 60.000, viele Listen sind noch im Umlauf. In Zeiten von Hartz IV und den Belastungen gerade für Familien sollte jeder den Endspurt der engagierten Eltern unterstützen, meint nicht nur Joachim Stumpe aus

Ostrhauderfehn. In Ostrhauderfehn sind fünf Schulen bzw. Kindergärten bei der Sammlung von Unterschriften beteiligt. Eltern wissen, daß das Kindergeld für die Kosten in Kindergarten und später Schule längst nicht ausreicht. Immer wieder kritisieren Eltern, daß einige Lehrer, die immer noch teure Klassenfahrten und Ausflüge planen, die Zeichen der Zeit noch nicht ganz erkannt haben. Deshalb sollte zumindest die Lernmittelfreiheit wiedereingeführt werden. Eltern die dafür unterschreiben wollen haben folgende Möglichkeiten: In Leer haben die Elternvertreter entsprechende Listen erhalten, Eltern sollten sich also an ihre Vertreter wenden. In Papenburg haben die Städtelternräte der Kindertagesstätten noch einmal 50 Listen verteilt, die in den nächsten Tagen voll werden sollen. In Rhauderfehn sollten Eltern ebenfalls ihre Elternvertreter fragen. Es kann sich auch jeder selbst die Listen herunterladen unter der Netzadresse:
www.volksinitiative-lernmittelfreiheit.de

Dann müssen die Unterschriftenlisten beim Einwohnermeldeamt der Gemeinde abgegeben werden. Das Amt ist dazu verpflichtet, diese kostenlos zu bestätigen. Mit der Bestätigung müssen die Listen dann geschickt werden an: Volksinitiative Lernmittelfreiheit, Postfach 4926, 26039 Oldenburg. Wichtig: Die Listen sollten bis spätestens 25.5.05 am Einwohnermeldeamt abgegeben werden, damit diese - wieder abgeholt - bestätigt bis zum 31.5.05 an die Oldenburger Adresse geschickt werden. Denn von Oldenburg müssen diese bis zum Fristende 2. Juni 2005 beim Landeswahlleiter angekommen sein. Alles was später eintrifft, zählt nicht mehr.

Joachim Stumpe holt die beim Einwohnermeldeamt in Rhauderfehn und Ostrhauderfehn abgegebenen Listen dort selbst ab und schickt sie weiter. Wer keinen Netzanschluß hat, kann sich auch bei ihm Listen abholen oder volle Listen bei ihm abgeben. Seine Rufnummer ist: 04952/61764.

Michael Kremer

Ostfriesische Nachrichten, 10.05.05

Aurich: Kreiselternrat macht sich für Lernmittelfreiheit stark **Weitere Forderung: Freie Schülerbeförderung**

Aurich. Der Kreiselternrat Aurich unterstützt wie die meisten Stadt- und Kreiselternräte in Niedersachsen die laufende Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung und hat hierzu alle Schulelternräte des Landkreises um tatkräftige Unterstützung gebeten. Nachdem inzwischen ca. 60000 der notwendigen 70000 Unterschriften gesammelt worden sind, komme es nun auf einen erfolgreichen Endspurt an, sagt Sprecher Christian Hohagen.

Der Kreiselternrat weist daraufhin, dass alle Unterschriftenlisten, die im Rahmen der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit gesammelt worden sind, bis zum 2. Juni 2005 beim Landeswahlleiter in Hannover eingegangen sein müssen.

Dies bedeutet: spätestens jetzt sollten noch nicht bestätigte Bögen an die jeweiligen Gemeinden/Städte gegeben werden und möglichst bis 25. Mai an die im Bogen genannte Oldenburger Postfachadresse gesandt werden. Die Volksinitiative leitet sie dann bis zum 2. Juni an den Landeswahlleiter weiter. Viele Unterschriftenbögen sind zwar bestätigt, aber noch nicht nach Oldenburg gesandt worden.

Der Kreiselternrat weist darauf hin, dass Gemeinden/Städte verpflichtet sind, auch jetzt noch eingehende Unterschriften kurzfristig und unverzüglich zu bestätigen.

Weitere Informationen im Internet unter www.volksinitiative-lernmittelfreiheit.de.

dpa Meldung vom 06.05.05

Schulen

Initiative für Lernmittelfreiheit sammelt 60 000 Unterschriften

Hannover (dpa/lni) - Die niedersächsische Volksinitiative für Lernmittelfreiheit hat bisher 60 000 Unterschriften gesammelt. Wie die Organisatoren am Freitag in Hannover mitteilten, sollen die Unterschriften Landeswahlleiter Ludwig Strehlen Anfang Juni übergeben werden. Damit sich der Landtag mit der Initiative befasst, müssen 70 000 Unterschriften vorliegen. Viele Unterschriften aber hätten die Initiatoren noch nicht erreicht, hieß es. Angesichts leerer Kassen hatte die Landesregierung die Lernmittelfreiheit abgeschafft.
(Internet: www.volksinitiative-lernmittelfreiheit.de)

Ostfriesen-Zeitung, General-Anzeiger, 04.05.05

Initiative will Rückkehr zur Lernmittelfreiheit

AKTION Elternvertreter aus Ostrhauderfehn sammelt heute Unterschriften / 70 000 werden in Niedersachsen benötigt

Von Edgar Behrendt

In der Gemeinde sind fünf Schulen beziehungsweise Kindergärten beteiligt. Abgabetermin ist der 1. Juni.

Ostrhauderfehn - Am heutigen Mittwoch legt Joachim Stumpe noch eine Sonderschicht ein. Auf dem Parkplatz von Aldi und Combi in Ostrhauderfehn sammelt der Elternvertreter der Grundschule an der Middendorfstraße Unterschriften für eine Niedersächsische Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung. „Das ganze Kindergeld geht doch sowieso für die Kosten in den Kindergärten und später in den Schulen drauf“, sagt Stumpe, der sich vehement dafür einsetzt, dass die zum Schuljahr 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder eingeführt wird. Das sei im Interesse vieler Eltern sei, die Kinder in der Schule hätten, sagt er. Auf deren Unterschrift hofft er heute zwischen 9.30 und 12 Uhr sowie wieder ab 16 Uhr.

In ganz Niedersachsen müssen Elternvertretungen, Kollegien, Gewerkschaften, Familien- und Sozialverbände und viele andere die Oldenburger Initiative unterstützende Institutionen bis zum 1. Juni 70 000 Unterschriften zusammenbekommen, um die formale Hürde zu überwinden und es bis in den Landtag zu schaffen. Mitte April waren 40 000 Unterschriften gesammelt.

Stumpe selbst ist vor den Osterferien angefangen und hat es mittlerweile auf mehr als 160 Namen gebracht. Verbunden ist damit viel Arbeit: Jede einzelne signatur muss er im Rathaus bestätigen lassen, damit sie gezählt werden darf. Gesammelt hat er allerdings nicht alleine. Er koordiniert die Aktion in der

Gemeinde, hat Listen an die Elternvertreter der Haupt- und Realschule, der Grundschule Idafehn und der beiden Kindergärten an der Hauptstraße und an der Middendorfstraße verteilt. Wer Auskünfte zu der Initiative haben möchte, kann sich bei Joachim Stumpe unter der Rufnummer 04952/61764 melden.

Deister-Anzeiger, 29.04.05

Lokalteil der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung

Bad Münder behindert Elterninitiative

Stadt leitet Unterschriften nicht weiter

Hunderte Unterschriften haben Eltern in Bad Münder bislang für die Volksinitiative Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung gesammelt. Die Stadt meldet jedoch die Zahlen nicht weiter - offiziell sind demnach keine Listen eingegangen.

Bad Münder. Seit Monaten machen eine Reihe von Eltern gegen Beschlüsse und mögliche Vorhaben der Landesregierung mobil: Es geht darum, die Streichung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen zurückzunehmen und zu verhindern, dass künftig Schulbusse kostenpflichtig werden. Dafür müssen die Unterschriftenlisten bei der Stadt eingereicht und geprüft werden. Denn nur wahlberechtigte Bürger dürfen unterzeichnen. Das hat die Stadt auch getan. Die Verwaltung hat zahlreiche Unterschriften bereits amtlich bestätigt, einen weiteren Schwung wollen die Eltern demnächst nachreichen. Versäumt hat es die Verwaltung jedoch bislang, die Zahlen nach Hameln an den Landkreis weiterzureichen, der wiederum den Landeswahlleiter in Hannover informiert.

Kurioserweise hält die Stadtverwaltung an ihrer Aussage fest, es seien lediglich 28 Unterschriften eingegangen. Dies teilt Stadtsprecher Heiko Knigge auf Anfrage mit. Dass diese Zahl nicht stimmen kann belegt Johannes Weidner aus Hamelspringe. Er habe mindestens sieben Listen sogar mit offiziellem Stempel der Stadt - und unterschrieben von einer Mitarbeiterin des Service-Büros. Eine dieser Listen liegt dem Deister-Anzeiger vor. Insgesamt müssten bei der Stadt weit mehr als 100 Unterschriften eingegangen sein. „Ich kann nur das wiedergeben, was mir die Mitarbeiter sagen“, beschwichtigt Knigge nach mehrfacher Nachfrage des Deister-Anzeigers. Er könne sich vorstellen, sich mit Weidner in Verbindung zu setzen. Allerdings halte er die Zwischenmeldung an den Landeswahlleiter für weniger wichtig, da die abschließende Zählung der von der Volksinitiative gesammelten Unterschriften ohnehin entscheidend ist. Einige Eltern orientieren sich allerdings an den bislang bekannten Zahlen, zu deren Veröffentlichung die Verwaltungen in regelmäßigen Abständen verpflichtet sind: Elisabeth Heinz aus Eimbeckhausen etwa sieht angesichts der bisherigen Entwicklung (zum 1. März wurden landesweit nur 25 000 der benötigten 70 000 Elternunterschriften gemeldet) kaum noch Chancen für einen Erfolg. Dies könnte an der Motivation nagen. Hans-Ulrich Siegmund, Vorsitzender des Stadtelternrats, zeigte sich gestern empört über die Haltung der Stadt: „Das kann's nicht sein.“ Er wolle sich nun an die Verwaltung wenden.

Enorm geknirscht hat es zudem auch bei der Kommunikation zwischen Stadt und Landkreis: Selbst die 28 Unterschriften, die der Stadtverwaltung bislang offiziell bekannt sind, wurden in den Meldungen an den Landeswahlleiter übergangen - der Deister-Anzeiger berichtete. Wie sich inzwischen herausstellte, hat die Stadt in einem Fall (20 Unterschriften) durch einen Abstimmungsfehler zwischen Servicebüro und Hauptamt übersehen, die Zahlen nach Hameln weiterzumelden. Eine weitere Liste (acht Unterschriften) konnte der Kreis nicht zuordnen, was Kreissprecherin Christiane Lampen inzwischen öffentlich bedauert. Beide Zahlen sollen bei der nächsten Meldung nach Hannover zum 1. Mai nachgereicht werden. Ob das auch für die von der Stadt verleugneten Listen zutrifft, konnte Knigge noch nicht sagen. Inzwischen beschäftigt der Fall auch

den Stadtälternrat Oldenburg, der die Volksinitiative angestoßen hat: In einem Schreiben fordert er den Landeswahlleiter auf, den Fehlern vor Ort nachzugehen.
jd

Der Kommentar
Pflichtverletzung

von Johannes Dorndorf

Man darf den Fall nicht dramatisieren: Schließlich ist die Stadt ihrer Hauptaufgabe, die Unterschriften zu prüfen und an die Eltern zurückzusenden, nachgegangen. Aber die Vorausmeldungen an den Landeswahlleiter sind ein wichtiges Element der Volksinitiative. Denn wer sammelt schon weiter, wenn das Ziel nicht mehr zu erreichen ist? Stadt und - in weit geringerem Umfang - Landkreis haben ihre Pflichten verletzt. Das wiegt umso schwerer, als dass beide Behörden mehrfach auf Unstimmigkeiten hingewiesen wurden. Nicht zuletzt ist diese Ignoranz undemokratisch.

Cuxhavener Nachrichten, 13.04.05

Endspurt für die Volksinitiative

Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit und Beibehaltung der kostenlosen Schülerbeförderung sind Ziel

mr. - Der Kreiselternrat im Landkreis Cuxhaven bittet alle Eltern von schulpflichtigen Kindern, sich an der Unterschriftenaktion zur Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit und Beibehaltung der kostenlosen Schülerbeförderung zu beteiligen.

Die von Elternvertretern organisierte Volksinitiative benötigt bis Ende Mai 2005 landesweit mindestens 70000 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgern Niedersachsens - nicht nur Eltern -, von denen bisher etwa die Hälfte dem Landeswahlleiter vorliegen.

Ziel ist nicht nur die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit, sondern auch die dauerhafte Sicherung der kostenfreien Schülerbeförderung, um die viele Eltern derzeit angesichts der jüngsten Forderungen von Landkreistag und Landesrechnungshof erneut bangen. Thema war dies jüngst beim Landkreistag in Stade. Die Präsidentin des Landesrechnungshofes, Martha Jansen, sprach sich dabei vor Vertretern aller 38 niedersächsischen Landkreise für eine Beteiligung der Eltern an den Busfahrkosten aus - sofern sich diese das leisten könnten (Subsidiaritätsprinzip). Ähnlich ist das Land bereits beim Blindengeld verfahren. Die Landkreise wünschen sich offenbar seit langem, die Last der Bezahlung der Schülerbeförderung loszuwerden - immerhin zahlt allein der Landkreis Cuxhaven jährlich rund 7,5 Millionen Euro für die tägliche Beförderung von rund 12000 Fahrschülern.

Weite Schulwege im Kreis

Schon im September 2003 hat Innenminister Uwe Schünemann angeregt, den Kommunen freizustellen, ob die Eltern für den Transport aufkommen sollen oder nicht. Seinerzeit hatte Kultusminister Bernd Busemann noch abgelehnt. Gerade im Flächenlandkreis Cuxhaven mit seinen weiten Schulwegen wären Familien von weiteren Kosten besonders betroffen. Den Ärger der Eltern hat der Kreistag schon im Februar erregt, als er beschloss, die Kilometergrenzen für die kostenlose Schülerbeförderung heraufzusetzen: Für Grundschüler liegt die Grenze nun bei zwei Kilometern (unverändert), für Schüler der Klassen fünf und sechs bei drei Kilometern und für Schüler ab der 7. Klasse bei vier Kilometern.

Während Einschränkungen bei der Schülerbeförderung keineswegs vom Tisch sind, wurden die Eltern bereits zu Beginn dieses Schuljahres vor die Tatsachen gestellt und seit vielen Jahren erstmals wieder bei den Schulbüchern kräftig zur Kasse gebeten. Nach Angaben der Kreiselterneratsvorsitzenden Birgit Johannßen sind im Landkreis Cuxhaven bisher 2700 Unterschriften von engagierten Elternvertretern gesammelt worden. Jetzt bleiben allen interessierten Wahlberechtigten nur noch sechs Wochen Zeit, die Unterschriften zu leisten, welche dann kostenlos von den zuständigen Gemeinden bestätigt werden müssen. Zu beachten sind nur die auf dem Unterschriftenbogen erläuterten Formvorschriften.

Listen anfordern

Unterschriftenlisten und weitere Informationen können auf der Webseite des Kreiselternerates unter www.ker.hs-web.de, der Seite der Volksinitiative www.ol.ni.schule.de/stadtelternerat-OL/volksini oder bei der Vorsitzenden des Kreiselternerates, Birgit Johannßen, Telefon 04751-2767, angefordert werden.

E&W, Erziehung und Wissenschaft, GEW Niedersachsen, April 2005

Volksinitiative „Lernmittelfreiheit“ braucht Unterstützung

Das Ziel 70.000 Unterschriften ist noch nicht erreicht

Der Sprecher der Volksinitiative Lernmittelfreiheit Ulf Riebau (Oldenburg) schlägt Alarm. Von den bis Anfang Juni benötigten 70.000 Unterschriften liegen derzeit erst 25.000 vor. Die tatsächliche Anzahl der Unterschriften sei allerdings erheblich höher; ausgefüllte Unterschriftenbögen würden oft erst gesammelt, bevor sie zur Bestätigung an die Gemeinden gehen.

Dass der Sozialstaat mit der Regierungsübernahme der Schwarz-gelben Koalition in Niedersachsen im Jahre 2003 keine Hüter mehr hat, hat der DGB in seiner Broschüre „Absturzgefahr“ eindrucksvoll dokumentiert. Die Streichung des Landesblindengeldes ist dabei nur der krasseste Auswuchs dieser Politik. Aber auch die zum Schuljahr 2004/2005 abgeschaffte Lernmittelfreiheit bedeutet eine für viele Familien nicht mehr tragbare Belastung und für die Schulen einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Die zunehmende Privatisierung der Bildungskosten trifft die Bürgerinnen und Bürger unterschiedlich. Kinderlose bleiben verschont, Eltern mit geringerem Einkommen zahlen einen größeren Anteil für die Bildung als solche mit hohen Einkünften.

Deshalb wird die Volksinitiative nicht nur von der GEW – wie auf der letzten Landesvorstandssitzung noch einmal einstimmig bestätigt – sondern auch von der SPD, den Grünen, Familienverbänden und dem UN-Kinderrechtskomitee unterstützt. Deren Vorsitzender Jacob Egbert Doek bemerkt dazu aus internationaler Perspektive: „Die Position des Kinderrechts-Komitees ist klar und eindeutig. Gemäß der UN – Kinderrechtskonvention soll die Schulbildung im Primarbereich frei sein. Das schließt nicht nur ein Schulgeld aus, sondern bedeutet auch, dass Eltern nicht mit den Kosten für die Anschaffung von Schulbüchern, anderen Unterrichtsmaterialien und für die Schülerbeförderung belastet werden dürfen.“

Die Landesregierung würde ein Scheitern der Volksinitiative als eine umfassende Bestätigung ihrer Sozial- und Bildungspolitik vermarkten. Deshalb sind in den verbleibenden Wochen verstärkte Anstrengungen nötig, um den Landtag mit einer erfolgreichen Volksinitiative zu zwingen, sich erneut mit der Lernmittelfreiheit zu beschäftigen.

Die 45.000 noch fehlenden Unterschriften sind nach Einschätzung von Ulf Riebau keine unüberwindbare Hürde. Riebau berichtet auch von bestätigten Einzelunterschriften, die bei der Initiative eingehen. "Das ist natürlich toll und hilft, aber es fehlen Aktive, die diese Unterschriften sammeln". Was also tun?

- Die Unterschriftenlisten können im Internet unter www.volksinitiative-lernmittelfreiheit.de heruntergeladen werden.
- Die Unterschriftenbögen müssen so ausgedruckt oder vervielfältigt werden, dass sich Vorder- und Rückseite auf ein- und demselben A4-Blatt befinden (sonst akzeptiert der Landeswahlleiter die Unterschriften nicht).
- Die notwendige Bestätigung der Unterschriften bei den Einwohnermeldeämtern wird wesentlich erleichtert, wenn auf einem Unterschriftenbogen nur Bürger/innen unterschreiben, die in der gleichen Gemeinde wohnen.
- Die ganz oder teilweise ausgefüllten Unterschriftenbögen der zuständigen Einwohnermeldebehörde zur Bestätigung vorlegen. Diese Bestätigung ist kostenlos und muss unverzüglich erfolgen (§ 8 des Nds. Volksabstimmungsgesetzes).
- Nach der Bestätigung (auch wenn nicht alle Unterschriften bestätigt sind) die Unterschriftenbögen an die Volksinitiative schicken. (Die Postfachadresse steht im letzten Absatz des Unterschriftenbogens.)

„Wenn nur ein Viertel der GEW - Mitglieder mit Familie und Freunden unterschreibt; sind wir schon ein gutes Stück weiter. Beim Endspurt machen auch die beteiligten Stadt- und Kreiselternräte und viele weitere Unterstützer/innen der Volksinitiative mit“, so Ulf Riebau. MICHAEL STROHSCHNEIN

Enbecker Morgenpost, 07.04.05

Volksinitiative für die Lernmittelfreiheit

Einbeck (kk). Der Kreiselternrat Northeim bittet alle Eltern von schulpflichtigen Kindern, sich an der Unterschriftenaktion zur Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit zu beteiligen. Der Kreiselternratsvorsitzende und Mit-Initiator der Volksinitiative für die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit, Bernhard Ahlborn, Kalefeld, möchte dazu landesweit das notwendige Ziel von rund 70.000 Unterschriften erreichen. Bislang liegen gut 30.000 gesammelte Unterschriften vor. Bis zum 30. Mai müssen dem Landeswahlleiter mindestens 70.000 bestätigte Unterschriften eingereicht werden, ansonsten ist die Initiative gescheitert.

Nach Angaben von Bernhard Ahlborn haben die Erziehungsberechtigten somit nur noch rund sechs Wochen Zeit, die Unterschriften zu leisten, da die notwendige Bestätigung der zuständigen Einwohnermeldeämter in der Regel 14 Tage dauert. Da nach Ahlborn von Seiten der Politiker über die Streichung der freien Schülerbeförderung diskutiert wird, ist es um so notwendiger, die Initiative für die Lernmittelfreiheit durchzubringen, da es sonst möglicherweise zu weiteren Streichungen kommt.

Deshalb fordert der Kreiselternrat alle Bürger, die dieses Anliegen unterstützen möchten, auf, in den nächsten vier bis sechs Wochen engagiert Unterschriften zu sammeln. Listen können im Internet unter der Adresse Volksinitiative.Lernmittel@gmx.de oder über Bernhard-Ahlborn-DVG@t-online.de angefordert werden.

Vorwärts, April 2005, Einlage SPD Landesverband Niedersachsen

Endspurt für freie Lernmittel

Noch bis zum 1. Juni 2005 läuft die landesweite Unterschriftensammlung der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung. 70000 Unterschriften sind nötig, gut 25000 konnten bis Ende Februar gesammelt werden, wobei in manchen Landesteilen die Ergebnisse hinter den Interessen der Eltern zurückbleiben. Das Unterschriftenverfahren ist ein wenig kompliziert, und das mag Sammler abschrecken. Sinnvoll ist es, die Unterschriften in jeweils einer Gemeinde zu sammeln und von der dortigen Einwohnermeldebehörde bestätigen zu lassen.

Die niedersächsische SPD unterstützt die Forderungen der Volksinitiative und ruft ihre Mitglieder auf, in ihren Ortsvereinen Unterschriften für die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit zu sammeln. Unterschriftenbögen die vervielfältigt werden dürfen, können angefordert werden bei der Volksinitiative, Postfach 4926, 26039 Oldenburg. Die Volksinitiative ist im Netz erreichbar unter www.volksinitiative-lernmittelfreiheit.de .

Nordwest-Zeitung, Oldenburg, 24.02.05

Volksinitiative erhält Unterstützung

Oldenburg / LR - Die niedersächsische Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung erhielt jetzt Unterstützung durch das UN-Kinderrechtskomitee. Dessen Vorsitzender, Jacob Egbert Doek, sagte, "Unsere Position ist eindeutig, die Schulbildung sollte für die Eltern im Primarbereich kostenfrei sein." Die Initiative hat bis Juni Zeit, 70000 Unterschriften für die Volksinitiative zu sammeln.

Neue Osnabrücker Zeitung, Kreis Emsland 18.02.05

"Die Schülerbeförderung muss beibehalten werden"

Meppen Die drei emsländischen Kreisverbände der Jungen Union (JU) haben die niedersächsische Landesregierung aufgefordert, die gesetzlich verankerte kostenlose Schülerbeförderung in Trägerschaft der Landkreise und kreisfreien Städte beizubehalten. Nach Ansicht der JU hat die Schülerbeförderung gerade im ländlichen Raum eine nachhaltige Bedeutung für das Schulwesen und für Familien mit schulpflichtigen Kindern. "Diesem System ist es zu verdanken, dass Schülerinnen und Schüler aus jedem Landstrich die Möglichkeit haben, die jeweilige Schulform zu besuchen, die ihren Eignungen und Fähigkeiten entspricht", betont die JU-Vorsitzende des Kreisverbandes Aschendorf-Hümmling, Stefanie Kuchta, in einer Presseerklärung.

"Nachdem nun jüngst die allgemeine Lernmittelfreiheit gestrichen wurde, wird mancherorts bereits über die Abschaffung der kommunalen Pflicht, die Schülerbeförderung zu gewährleisten, nachgedacht", befürchtet in dem Beitrag der Lingener JU-Kreisvorsitzende Björn Roth. Dies ist nach Ansicht der JU "ein Weg, der nicht eingeschlagen werden darf." Der Meppener Kreisvorsitzende Bernd Schmitz fügt hinzu, die zunehmende Privatisierung von "indirekten" Bildungskosten sei "sozial- und familienpolitisch ungerecht" und vermittele bei Eltern und Erziehungsberechtigten den Eindruck, verstärkt für die schulische Bildung ihrer Kinder finanziell belastet zu werden. Dieser Eindruck entstünde nicht erst durch die aktuellen Diskussionen um die Einführung von Studiengebühren. Weitere Einsparungen in der Hochschulpolitik und im Schulwesen

entmutigten Schüler und Lehrer. Eine Abschaffung der kostenlosen Schülerbeförderung würde die Familien im Lande noch stärker belasten. "Dies muss aber verhindert werden", so der emsländische CDU-Nachwuchs.

Abendkurier, Leer/Ostfriesland, 17.12.04

Für Lernmittelfreiheit: Unterstützung vom Fehn

Rhauderfehn. Seit diesem Jahr müssen auch Rhauderfehner Eltern, wie in ganz Niedersachsen, erstmals für Schulbücher ihrer Kinder voll zahlen. Sie müssen das Lernmaterial entweder komplett neu kaufen oder von den Schulen mieten. Dadurch werden gerade Familien mit mehreren Kindern enorm belastet Und das obwohl Politiker ständig beklagen, dass in Deutschland zu wenig Kinder geboren werden. Dennoch werden gerade Familien mit mehreren Kindern Immer wieder unerträgliche Belastungen aufgebürdet. Denn mit den Kosten für Bücher ist es nicht getan. Die ohnehin nur auf die reinen Schulbücher beschränkte Lernmittelfreiheit musste schon immer von den Eltern noch ergänzt werden durch die Anschaffung von Arbeitsheften, Mal- und Schreibzubehör, Taschenrechnern. Lektüre, Atlanten sowie Beiträgen zu Kopierkosten, Ausflügen, Schulsport, musisch-kulturellen Schulveranstaltungen, Arbeitsgemeinschaften, Nachhilfe usw. Hinzu kommen meist regelmäßige freiwillige Spenden, z.B. für Schulfördervereine. Kritiker bemängeln vor allem, dass Eltern mit geringerem Einkommen einen deutlich größeren Anteil ihres Einkommens für die Bildung ihrer Kinder zahlen, als Eltern mit höheren Einkommen.

Deshalb hat sich bereits vor einigen Monaten die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung gegründet. Diese will bis Juni kommenden Jahres erreichen, dass sich der Landtag erneut mit dem Thema beschäftigt. Dazu werden 70000 Unterschriften benötigt. Der Sprecher der Volksinitiative. Ulf Bröcker (Oldenburg), teilte auf Anfrage des AK mit, dass zum 1. Dezember dieses Jahres knapp 10.000 bestätigte Unterschriften für die Volksinitiative abgegeben wurden. Allerdings läge die tatsächliche Zahl höher, so Bröcker, da einige der unterstützenden Organisationen (u.a. Stadt- und Kreiselternräte, Gewerkschaften, Familienverbände) ihre Unterschriftenbögen gesammelt zu den zuständigen Gemeinden geben. Ulf Bröcker sieht noch gute Chancen, die 70.000 Stimmen zu erreichen. Der Kreiselternrat Aurich unterstützt die Volksinitiative, während sich laut Bröcker der Kreiselternrat des Landkreises Leer bislang nicht zu der Initiative geäußert hat.

Klaus-Peter Schmitt, Vorsitzender des Gemeindeelternrates Rhauderfehn, teilte dem AK auf Anfrage mit, dass Ende Januar darüber beraten wird. Dann sollen auch die Elternräte Ostrhauderfehn und Westoverledingen einbezogen werden, um diesen koordinierten Elternwillen dann In den Kreiselternrat Leer (Vors. Prof. Walter Neu) einfließen zu lassen.

Interessenten oder Unterstützer wenden sich an: Volksinitiative
Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung, Postfach 4926, 26039 Oldenburg.
Netzadresse: www.volksinitiative-lernmittelfreiheit.de / E-Post:
Volksini.Lernmittel@gmx.de. (mk)

ver.di Publik, 11/2004,
Regional Niedersachsen-Bremen

Heimliches Schulgeld

Immer mehr müssen Eltern für Schulbücher und Fahrten zahlen. Gerade Familien mit niedrigem Einkommen belasten diese zusätzlichen Kosten.

Viele Eltern haben bereits die Erfahrung gemacht: 150 bis 215 Euro kostet es, um ein Schulkind komplett für ein Schuljahr mit Schulbüchern

auszustatten. Sollte die geplante Mittelkürzung für die Schülerbeförderung umgesetzt und auch der Schulbus kostenpflichtig werden, kommen in den

ländlichen Regionen auf die Eltern nochmals bis zu 500 Euro jährlich zu.

Bei der Einschulung der ABC-Schützen sammelten DGB und ver.di daher zum Beispiel in Lehrte bei Hannover mehr Unterschriften zur Volksinitiative

„Lernmittelfreiheit“ als erwartet. Viele Eltern machten am Informationsstand halt und informierten sich über die aktuelle Schulpolitik. Am Ende waren nicht

mehr genügend Unterschriftsvordrucke vorhanden, sagt der DGB Ortskartellvorsitzende Reinhard Nold. Standbesucher hatten generell nichts dagegen,

wenn Kinder Schulbücher ausleihen oder kaufen müssten. Aber Familien mit wenig Einkommen könnten sich das nicht leisten, hieß es. Einige brachten

-zur Erklärung ihres Unmutes - die Pisa-Studie ins Spiel. „Die Pisa-Studie hat gezeigt, dass in keinem Industrieland der Bildungsnotstand so sehr vom

Einkommen der Eltern abhängig ist, wie in Deutschland“, sagte ein empörter Vater. Mit diesen Erkenntnissen könne man doch nicht guten Gewissens die

soziale Selektion verstärken, wie es im Fall der Lernmittelfreiheit geschehen sei.

Die Volksinitiative braucht binnen eines Jahres landesweit 70000 Unterschriften, damit sich der Landtag in Hannover mit dem Thema befassen muss.

Elterninitiative und Gewerkschaften hoffen auf ein Vielfaches an Unterschriften.

Wolfsburger Nachrichten, 06.10.04

1200 VW-Mitarbeiter fordern Lernmittelfreiheit

Stadtelternrat erhielt Unterschriftenliste - Sitzung in der Realschule Gebhardshagen

Von Horst Körner

GEBHARDSHAGEN. Der Stadtelternrat Salzgitter traf sich zu seiner letzten Sitzung in der Realschule Gebhardshagen. "Im November wird das Schulverwaltungsamt zu Neuwahlen der Vertreter der Haupt- und Realschulen einladen", sagte Vorsitzender Uwe Meding zu Beginn der Sitzung.

Wichtigster Tagesordnungspunkt: Die Übergabe von etwa 1200 Unterschriften zur Unterstützung der Niedersächsischen Volksinitiative für die Wiedereinführung der

Lernmittelfreiheit und den Erhalt des Fahrtkostenzuschusses bei der Schülerbeförderung durch Björn Harmening, den Vertreter der VW-Vertrauenskörperleitung. "Wir haben spontan mitgemacht, weil viele im VW-Werk Salzgitter auch betroffene Eltern sind", sagte er und betonte, Bildung dürfe nicht vom Geld abhängig sein.

Uwe Meding berichtete den Elternvertretern, dass offiziell damit nun auch in Salzgitter die Unterschriftenaktion eröffnet ist. "Wir benötigen in Salzgitter etwa 4000 Unterschriften, in Niedersachsen rund 70 000", sagte der Vorsitzende. "Es könnte sein, dass wir damit nicht viel bewegen werden, doch wir wollen der Politik zeigen, dass wir mit der Streichung der Lernmittelfreiheit nicht einverstanden sind."

(...)

Achimer Kreisblatt, 21.09.04

DGB unterstützte auf dem Wochenmarkt Elterninitiative

Für Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit / Viele unterschrieben

ACHIM Am Stand auch dem Achimer Wochenmarkt warb der DGB- Ortsverband Achim unter Leitung von Siegmund Kamrath um Unterstützung für die von Eltern im Land Niedersachsen ins Leben gerufene Volksinitiative zur Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit. Zahlreiche Besucher aus Achim und angrenzenden Gemeinden wurden über die Bedeutung dieser Unterschriften- Kampagne informiert.

An Beispielen war erklärbar, welche Kosten von Eltern schon jetzt erbracht werden, etwa für Arbeitshefte, Mal- und Schreibzubehör, Taschenrechner, Ausflüge und so weiter. Nach der totalen Abschaffung der Lernmittelfreiheit ist den meisten Eltern klar geworden, wie hoch die finanzielle Belastung dann erst für sie sind.

Dies konnte offenbar gut am DGB- Stand vermittelt werden. Am Ende der Veranstaltung hatten sich viele Passanten in den ausgelegten Listen eingeschrieben.

Hamburger Abendblatt, Harburg, 04.09.04

SPD sammelt Unterschriften

Der Ortsverein der SPD Buxtehude und Mitglieder der Stadtratsfraktion unterstützen die Volksinitiative, die sich für die Rücknahme der Lernmittelfreiheit

und Verbesserungen bei der Schülerbeförderung in Niedersachsen einsetzt. Sie werden darum am 4. September ab 10 Uhr noch einmal vor dem

SPD-Laden an der Langen Straße Unterschriften für die überparteiliche Initiative sammeln. Die Initiative muss 70 000 Unterschriften landesweit sammeln,

damit sich der Landtag mit seiner Mehrheit erneut mit der Lernmittelfreiheit beschäftigt. (ckm)

Altkreis Nachrichten, 23.08.04
(Burgdorf, Burgwedel, Lehrte, Sehnde, Uetze),

Großer Unmut der Eltern gegen „heimliches Schulgeld“

DGB und Ver.di sammeln bei der Einschulung der ABC-Schützen mehr Unterschriften zur Volksinitiative „Lernmittelfreiheit“ als erwartet

Am 21.08.03 haben das DGB Ortskartell und der Ver.di Ortsverein Lehrte einen Informationsstand auf dem Lehrter Marktplatz aufgestellt und Unterschriften für die Volksinitiative „Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung“ gesammelt. Der Informationsstand wurde von den Eltern sehr gut besucht. Viele Eltern haben auf dem Weg zum Einschulungsgottesdienst in der Matthäuskirche am Informationsstand halt gemacht und sich kurz über die aktuelle Schulpolitik informiert.

Mehr Eltern als erwartet haben die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit mit ihrer Unterschrift unterstützt. Am Ende waren nicht mehr genügend Unterschriftsvordrucke verfügbar, so der DGB Ortskartellvorsitzende Reinhard Nold.

Viele Eltern haben bereits die Erfahrung gemacht und sprachen von 150 bis 215 € die nötig seien um ein Schulkind komplett für ein Schuljahr mit Schulbüchern auszustatten. Sollte die debattierte Kürzung der Gelder für die Schülerbeförderung umgesetzt und somit der Schulbus auch kostenpflichtig werden, kommen in den ländlichen Regionen auf die Eltern nochmals bis zu 500 € jährlich dazu, erklärte Nold. Standbesucher hätten nichts dagegen, wenn Kinder von Studiendirektoren oder Unternehmern die Schulbücher ausleihen oder kaufen, aber in Familien, die wenig Geld haben, geht das eben nicht, so und ähnlich kommentierten Eltern die Abschaffung der Lernmittelfreiheit. Einige brachten – zur Erklärung ihres Unmutes – die Pisa-Studie ins Spiel und sagten: „Die Pisa-Studie hat gezeigt, dass in keinem Industrieland der Bildungsnotstand so sehr vom Einkommen der Eltern abhängig ist, wie in Deutschland. Mit diesem Wissen im Hinterkopf, kann man doch nicht guten Gewissens die soziale Selektion verstärken, wie es im Fall der Lernmittelfreiheit geschehen ist.“ Es gab jedoch auch positive Stimmen von älteren Leuten, die gegen die Lernmittelfreiheit plädierten, da Schüler mit den gestellten Büchern oftmals unvorsichtiger umgingen und wir mussten früher auch die Bücher für unsere Kinder bezahlen, berichtet Nold über die Ansichten der Eltern.

Die Volksinitiative braucht binnen eines Jahres landesweit 70 000 Unterschriften, damit sich der Landtag in Hannover mit dem Thema befassen muss. Die Elterninitiative und die Gewerkschaften hoffen auf bis zu 600 000 Unterschriften. Der Unmut der Eltern ist groß. Viele merken jetzt erst, worum es geht, so Nold.

Jeweils zum Ende des Gottesdienstes verteilten die Gewerkschafter Luftballons und Tüten mit unterschiedlichen Inhalten (Infoblatt zur Einschulung, Lineal, Kugelschreiber, Radiergummi, Süßigkeiten ..) an die ABC-Schützen. Die Luftballons und die Tüten wurden von den ABC-Schützen gern genommen. Es gab auch einige schüchterne ABC-Schützen die von ihren Eltern zum Zugreifen ermutigt werden mussten.

Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen

Abschaffung der Lernmittelfreiheit und stetig steigende Kosten für Schulmaterialien fördern faktischen Ausschluss von Schüler/innen

Die Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen (AGF) befürchtet, dass zu Beginn des Schuljahrs 2004/2005 nicht alle SchülerInnen mit den entsprechenden Lernmitteln ausgestattet sein werden. Sie sieht als Ursachen sowohl eine fehlende Härtefallregelung in der entgeltlichen Ausleihe als auch stetig steigende Kosten für Schulmaterialien.

Während mit der Einführung des Systems der entgeltlichen Ausleihe von Lernmitteln Leistungsberechtigte nach dem Bundessozialhilfegesetz im Schuljahr 2004/2005 entgeltfrei Lernmittel erhalten, ist die Ausstattung von Schüler/innen aus Familien mit niedrigem Einkommen nicht gesichert. Familien, die mit ihrem Einkommen knapp über oder unter dem Sozialhilfeniveau liegen, finden weder im Runderlass des Niedersächsischen Kultusministeriums noch auf dem Meldebogen zur Teilnahme am Leihverfahren für Eltern Berücksichtigung.

„Schulmaterialien sind die notwendige Voraussetzung für die Teilnahme am Unterricht. Schülerinnen ohne oder mit nicht vollständigem Material sind faktisch vom Unterricht ausgeschlossen. Mit Abschaffung der Lernmittelfreiheit wurde versäumt, sicherzustellen, dass Kinder einkommensschwacher Familien zu Beginn des Schuljahres mit den notwendigen Materialien ausgestattet sind und dass die Beschaffung der Lernmittel kein Abrutschen unter das absolute Existenzminimum für Familien mit sich bringt.“, so Bernd Heimberg, Vorsitzender der AGF.

Untersuchungen belegen, dass bei finanzieller Knappheit zuerst an der Ernährung und an Schulmaterialien gespart wird.

Vor diesem Hintergrund ist die AGF besorgt über die noch ungeklärte Umsetzung des Lernmittel - Erlasses im Schuljahr 2005/2006. Weder für Bezieher/innen des Arbeitslosengeldes II noch für die Bezieher/innen der „neuen Sozialhilfe“ (SGB XII) wird es Möglichkeiten zur Gewährung einer einmaligen Beihilfe für Lern- und Schulmaterialien geben.

„Es ist dringend geboten, Gesetzesinitiativen - vor Verabschiedung - einer Familienverträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Dass diese nicht erfolgt ist, werden Familien und ihre Kinder nach den Sommerferien zu spüren bekommen. Hier wird am falschen Ende gespart.“, so Bernd Heimberg weiter.

(AGF - Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen: Deutscher Familienverband, Ev. Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Familienbund der Katholiken, Verband der alleinerziehenden Mütter und Väter)

Eltern befürchten soziale Barriere **Initiative kritisiert Abschaffung der Lernmittelfreiheit**

Von unserem Redakteur
Matthias Makosch

Landkreis. "Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit ist eine soziale Ungerechtigkeit und familienfeindlich", betonte Ulf Bröcker, Sprecher der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung, am Mittwochabend bei einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema. Zu der Gesprächsrunde hatten der SPD-Unterbezirk und der SPD-Ortsverein ins Achimer Hallenbadcafé eingeladen.

Die Volksinitiative, der landesweit über die Hälfte der Kreis- und Stadtelternräte angehören, will nun binnen eines Jahres 70 000 Unterschriften sammeln. Gelingt dies, müsste der Landtag erneut über die Gesetzesänderung abstimmen. Carola Schäfer vom Kreiselternrat kündigte die Unterstützung der Initiative an.

Ab nächstem Schuljahr sollen Eltern nach dem Willen der CDU/FDP-Landesregierung die Schulbücher bekanntlich selbst kaufen. Davon verspricht sie sich Einsparungen von über 19 Millionen Euro. Rund 250 Euro müssten Eltern pro Kind jährlich für neue Schulbücher ausgeben, hat Ulf Bröcker ausgerechnet. Sie könnten die Bücher auch gegen ein Entgelt von 30 bis 40 Prozent des Ladenpreises bei der Schule ausleihen. Wegen der Urheberrechte lägen Deutscher Buchhandel und das Land aber noch über Kreuz - die stufenweise Abschaffung des Ausleihsystems kurz nach dessen Einführung könnte die Folge sein, befürchtet Bröcker. Zwar sei vorgesehen, Familien ab drei schulpflichtigen Kindern bei der Ausleihe einen Rabatt von 20 Prozent einzuräumen. "Aber auch das ist noch eine hohe Belastung", sagte Ursel Meyerhuber vom Achimer Stadtelternrat. Den Eltern stoße auf, dass die Schulen sich bislang nicht klar zu den Ausleighbühren geäußert hätten. Schulbuchflohmärkte seien keine Alternative, weil die Auflagen

überarbeitet würden und im Unterricht immer die neuesten Bücher gefragt seien.

Die fürs Gymnasium besonders teuren Schulbücher könnten Eltern abschrecken, so die SPD-Landtagsabgeordnete Christina Bührmann, ihre Kinder dort anzumelden. "Die Eltern sollen nicht auf Grund ihres Geldbeutels entscheiden müssen, auf welche Schule ihre Kinder gehen. Auch eine SPD-Landesregierung hätte sparen müssen. Aber die Lernmittelfreiheit war und ist für uns ein Tabu, weil wir die Chancengleichheit erhalten wollen", bekräftigte sie. Für die Eltern bedeute die Abschaffung der Lernmittelfreiheit eine Riesenbelastung. Die SPD hetze die Eltern nicht auf, wie der CDU-Landtagsabgeordnete Axel Miesner kürzlich kritisiert habe, sondern unterstütze sie. "Die Eltern sind schon von ganz alleine empört", sagte Christina Bührmann.

Zudem plane die CDU/FDP-Landesregierung bereits den nächsten Schlag gegen die Eltern. Derzeit deute alles darauf hin, so Bührmann, dass sie die Eltern an den Schülerbeförderungskosten beteiligen wolle. Bis zu 400 Euro müssten die Eltern dann jährlich pro Kind für die Bus-Fahrkarten zahlen. Auch das könnte Eltern auf dem Land davon abhalten, ihre Kinder auf die entfernten Gymnasien in Verden und Achim zu schicken.

SPD-Kreisvorsitzender Richard Eckermann sieht bei einer solchen Entwicklung den Öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum insgesamt gefährdet. Denn die Linien rentierten sich nur, wenn genügend Schüler mitfahren. Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit und das mögliche Ende der kostenlosen Schülerbeförderung konterkarierten das Ziel, die Abiturquote zu erhöhen.

Nordwest-Zeitung, Landkreis Oldenburg, 02.07.04

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG Initiative gegen Abschaffung freier Lernmittel

Elternrat koordiniert Protest im Kreis

LANDKREIS/WNG - Die Sammlung von Unterschriften für die „Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung“ wird im Landkreis Oldenburg vom Vorstand des Kreiselternrates koordiniert. Rund 1100 Unterschriften werden im Landkreis benötigt, um die Quote, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl zu erfüllen. „Aber wir streben mindestens das Doppelte an“, betonte der Vorsitzende des Kreiselternrates, Ralf Schepker, gestern im Kreishaus in Wildeshausen.

Bei Erreichen der landesweit benötigten 70 000 Unterschriften muss sich der Landtag in Hannover mit dem Thema beschäftigen. Anlass für die Initiative sind die Abschaffung der Lehrmittelfreiheit zum Ende des Schuljahres 2003/2004 sowie Befürchtungen, dass weitere finanzielle Belastungen den Eltern in Form einer Mitbeteiligung an der Schülerbeförderung drohen.

Landrat Frank Eger kündigte gestern seine Unterstützung an und kritisierte mit Blick auf die Landesregierung „die nicht zu leugnende Konzeptlosigkeit bei dem Problem“. Zudem übte der Landrat deutliche Kritik am Zeitpunkt der Abschaffung freier Lernmittel zeitgleich mit dem Wegfall der Orientierungsstufe. Auch die Notwendigkeit häufiger kompletter Schulbuchwechsel stellte er in Frage. Bei der Schülerbeförderung befürchtet Eger, dass diese „früher oder später ohne Geld aus Hannover“ finanziert werden müsse und ergänzte: „Mir wird schon ganz schummrig, wenn ich an den Haushalt 2005 denke“.

Laut Kreiselternrat liegen die Kosten für Schulbücher bei bis zu 300 Euro, im Ausleihverfahren immerhin noch bei bis zu 40 Prozent des Kaufpreises. Mit Blick auf diese Zahlen verwies der Landrat auf die „Gefahr einer Zwei-Klassen-Gesellschaft“.

Auf seiner Meinung nach existierende „handwerkliche Fehler“ beim Erlass zur Abschaffung der Lernmittelfreiheit wies Schepker hin. So seien in die Kalkulation für die Anschaffung der Schulbücher zwölf Prozent Rabatt des Buchhandels eingeflossen, die dieser aber aus rechtlichen Gründen gar nicht geben könne, da die Finanzierung privat erfolge. Die Folge sei, dass es den Schulen derzeit an Geld mangle.

Die Listen für die Initiative befinden sich auf der Homepage des Kreiselternrates.

Mehr Informationen unter www.kreiselternrat.lko.de.vu

Delmenhorster Kreisblatt, 02.07.04

Volksinitiative Unterschriftensammlung

Kreiselternrat macht mobil

Angesichts zunehmender finanzieller Belastungen fordern die Elternvertreter Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung.

Landkreis Oldenburg szy - Landrat Frank Eger war gestern einer der ersten Unterzeichner, die sich an der Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung beteiligen. Initiiert vom Stadelternrat Oldenburg, sollen

innerhalb eines Jahres landesweit 70000 Unterschriften gesammelt werden. Ist die Summe erreicht, muss sich der Landtag mit dem Antrag der Eltern beschäftigen.

Im Landkreis Oldenburg wird die Initiative vom Kreiselternrat organisiert. Wie dessen Vorsitzender Ralf Schepker gestern im Kreishaus erläuterte, liegt die Unterschriftenquote, die im Landkreis erreicht werden müsste, bei rund 1100 Unterschriften. „Wir hoffen aber, dass sich bis zu 2500 Eltern beteiligen“, so Schepker. Als Hintergrund der Aktion nannte er die zunehmende finanzielle Belastung von Eltern im Bildungsbereich. Neben den ohnehin schon seit langem übernommenen Kosten für Dinge wie Atlanten, Arbeitshefte, Kopiergeld, Schreibgeräte und Ähnlichem sollen die Eltern künftig auch für Schulbücher zahlen. Außerdem werde über eine Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung nachgedacht. Um dieses abzuwenden, hofft der Elternrat auf Unterstützung zahlreicher Mütter und Väter sowie eine weitere Kooperation mit den Gemeinden und dem Landkreis, mit dem das Gremium laut Schepker ohnehin schon zusammenarbeitet.

Entsprechend sicherte Landrat Frank Eger gestern seine Unterstützung zu. Er verwies angesichts der Novellierung des Schulgesetzes auf die enormen Kosten, die auf den Landkreis zukommen. Für den Bau zusätzlicher Klassen sowie für andere Investitionen müssten Beträge in zweistelliger Millionenhöhe bereitgestellt werden. Kritik übte der Verwaltungschef an der seiner Meinung nach überstürzten Umsetzung der Schulreform sowie insbesondere auch an der Abschaffung der Lernmittelfreiheit. „Hier besteht die Gefahr einer Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Schülern“, so Eger.

Pressemitteilung des Regionsschülerrates Hannover vom 30.06.04

Regionsschülerrat:

„Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung findet unsere Unterstützung!“

Der Regionsschülerrat der Region Hannover hat auf seiner 3. ordentlichen Sitzung am Mittwoch, dem 30. Juni einstimmig bei wenigen Enthaltungen sich dafür ausgesprochen, die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung zu unterstützen.

In einer sehr sachlichen Diskussion waren alle Teilnehmer sich schnell einig, dass die freie Schülerbeförderung auf keinen Fall weiter angetastet werden soll. Die Frage, ob der Regionsschülerrat die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit unterstützen sollte, war dagegen wesentlich diskussionsbedürftiger. Die Mehrheit der Teilnehmer empfand die Abschaffung der Lernmittelfreiheit als sozial ungerecht, da ärmere Familien verhältnismäßig stärker belastet werden als reichere. Zudem verstärken sich die Unterschiede zwischen finanziell besser und finanziell schlechter Gestellten, denn die einen können es sich leisten ihre eigenen Bücher zu kaufen, in welchen sie dann Texte markieren und Anmerkungen an den Rand schreiben können, im Gegensatz zu den Schülerinnen und Schülern die auf das Mietmodell zurückgreifen müssen, welche nicht in ihren Büchern arbeiten dürfen.

"Die PISA-Studie hat gezeigt, dass in keinem Industrieland der Bildungsgrad so sehr vom Einkommen der Eltern abhängig ist, wie in Deutschland. Mit diesem Wissen im Hinterkopf, kann ich doch nicht guten Gewissens die soziale Selektion verstärken, wie es im Fall der Lernmittelfreiheit geschehen ist!", so der 18-

jährige Marcello Sorrentino, Sprecher des Regionsschülerrates und Mitglied im Landesschülerrat.

Die Volksinitiative ist der Versuch von verschiedenen Kreis- und Stadtelterneräten ein deutliches Zeichen gegen die Privatisierung von Bildung zu setzen. Sollten bis zum 2. Juni 2005 mindestens 70.000 niedersächsische Bürgerinnen und Bürger, welche auch zur Wahl des Landtages berechtigt sind, die Volksinitiative mit ihrer Unterschrift unterstützen, dann muss der Landtag die Volksinitiative in einer Sitzung behandeln. Mehr über die Volksinitiative erfahren sie im Internet unter <http://www.ol.ni.schule.de/stadtelternerat-OL/volksini>.

Marcello Sorrentino, Sprecher des Regionsschülerrates entweder per Mobiltelefon 01 70-9429532 (ab 13 Uhr) oder per E-Mail an sorrentino@gmx.de

Braunschweiger Zeitung, 25.06.2004

Für Lehrmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung

Stadtelternrat unterstützt Volksbegehren

Von Karl-Ernst Hueske

WOLFENBÜTTEL. Der Stadtelternrat Wolfenbüttel unterstützt das landesweite Volksbegehren für Lehrmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung. Das verkündete der Stadtelternratsvorsitzende Lutz Steinmann bei der jüngsten Stadtelternratssitzung, die im Aha-Erlebnis-Kindermuseum an der Lindener Straße stattfand.

Steinmann erläuterte gemeinsam mit seiner Stellvertreterin Beate Engelken, die am Schluss der Sitzung aus dem Gremium mit Blumen verabschiedet wurde, das Verfahren. Es werden landesweit 70 000 Unterschriften benötigt, damit sich der Landtag mit folgenden beiden Anträgen beschäftigt:

Der niedersächsische Landtag möge ein Gesetz beschließen, mit dem die zum Ende des Schuljahres 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder eingeführt wird.

Im übrigen möge der Landtag durch die Schaffung oder Beibehaltung gesetzlicher Regelungen sicherstellen, dass die Mittel für die Schülerbeförderung auch zukünftig nicht zu Lasten der Eltern gekürzt werden.

Die Vertreter des Stadtelternrates werden in den nächsten Wochen in ihren Schulen Unterschriften für dieses Volksbegehren sammeln.

Zweiter Schwerpunkt der Sitzung war die Neustrukturierung der Schulwege nach der Schulstrukturereform. Der Schulwegsicherheitsausschussvorsitzende Harald Mikat berichtete von der Radtour zu gefährlichen Stellen (wir berichteten). Problematisch sei vor allem das Befahren der Friedrich-Wilhelm-Straße Richtung Schulzentrum Wallstraße, bemerkte Mikat. Am Rosenwall sei zudem ein sicherer Radweg erforderlich.

Durch den Rücktritt von Beate Engelken aus dem städtischen Schulausschuss wurde zudem eine Neuwahl erforderlich. Neues stimmberechtigtes Mitglied der Eltern im Schulausschuss wird Marlis Pönisch. Ihre Stellvertreterin ist Gudrun Bothe.

Zum Abschluss der Sitzung ließ sich der Stadtelternrat von Annette Goslar noch durch das Kindermuseum führen. Das Museum arbeitet inzwischen sehr gut mit vielen Schulen zusammen, berichtete Goslar.

Pressemitteilung des DGB Niedersachsen vom 24.06.04

Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt

DGB unterstützt Volksinitiative zur Lernmittelfreiheit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die niedersächsischen Gewerkschaften unterstützen die von Eltern aus ganz Niedersachsen ins Leben gerufene Volksinitiative, die zum Ziel hat die Lernmittelfreiheit wieder einzuführen. Der DGB wird die bis Juni 2005 angelegte Aktion aktiv begleiten. Der DGB-Bezirksvorsitzende Hartmut Tölle sagte: "Wir werden die Initiative nach Kräften mittragen und unsere Mitglieder bitten, zu unterschreiben." Der DGB hatte bereits in seiner Stellungnahme zum Erlassentwurf kritisiert, dass das Land Niedersachsen sich aus der Verantwortung für die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler zurückziehe und den Familien die finanzielle Verantwortung für die Bezahlung der Schulbücher übertrage.

Durch die Einführung eines Leihsystems versuche die Regierung die Belastungen der Eltern zwar zu begrenzen, sagte die für Bildungspolitik zuständige DGB-Abteilungsleiterin Helga Papendick-Apel, da die Landesregierung anscheinend erkannt habe, dass große Teile der Elternschaft den jährlichen Kauf neuer Schulbücher nicht tragen könnten. Auf Familien mit Schulkindern kommen nichts desto trotz im nächsten Schuljahr zusätzliche Kosten zu, entweder durch den Kauf der Bücher oder durch die Erhebung der Leihgebühr. Die DGB-Vertreterin sagte: "Dies wird dazu führen, dass Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen benachteiligt werden. Alle Kinder haben ein Recht auf gleiche Bildungschancen, unabhängig davon, wie hoch das Einkommen ihrer Eltern ist. An Niedersachsens Schulen darf es keine Zwei-Klassen-Gesellschaft geben."

DGB Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Dreyerstr. 6, 30169 Hannover, T: 0511-12601-33, www.niedersachsen.dgb.de, E-mail: Birgit.Knopf@dgb.de

www.buchhandel-niedersachsen.de/html/urteil_schulbuch.html

(download am 23.06.04)

Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Landesverband Niedersachsen

Erläuterungen zur Entscheidung des Landgerichts Hannover zum niedersächsischen Schulbucheinlass

Das Gericht hatte die Frage zu klären, ob es rechtmäßig ist, wenn - wie im Erlass vorgesehen - Schulen auch künftig bei Sammelbestellungen von Schulbüchern vom Buchhandel der 12prozentige Nachlass gemäß § 7 Abs. 3 S. 2 BuchPrG gewährt wird. Diese Frage hat es verneint. Im Tenor seiner Entscheidung hat es das Land Niedersachsen deshalb dazu verpflichtet, aus dem Erlass (bzw. seinen Anlagen) alle Passagen zu entfernen, die den Eindruck erwecken, dass der Nachlass bei Schulbuch-Sammelbestellungen vom Buchhandel gewährt werden kann oder gar zu gewähren ist.

Diese Entscheidung hat es mündlich (die schriftliche Begründung wird voraussichtlich erst in einigen Tagen eingehen) damit begründet, dass Niedersachsen die Lernmittelfreiheit abgeschafft hat, womit laut niedersächsischem Schulgesetz wieder die Eltern für die Anschaffung von

Lernmitteln ihrer Kinder verantwortlich sind. Damit sind auch die Mietgebühren jener Eltern, die sich an dem im Erlass vorgesehenen "entgeltlichen Ausleihmodell" beteiligen, nicht als Gelder des Landes Niedersachsen anzusehen (auch wenn sie von diesem resp. den niedersächsischen Schulen vor der Buchbestellung eingesammelt werden), sondern als originäre Zahlungen der Eltern zur Erfüllung einer eigenen Verpflichtung. Da § 7 Abs. 3 BuchPrG voraussetzt, dass Sammelbestellungen "überwiegend öffentlich finanziert" sein müssen, darf der Schulbuchnachlass vom Buchhandel nicht gewährt (und von den Schulen nicht gefordert) werden, weil das Land Niedersachsen ab sofort nur noch einen kleinen Teil zur Finanzierung der Sammelbestellungen beiträgt. Auch ein Nachlass nach der Nachlassstaffel des § 7 Abs. 3 darf nicht gewährt werden. Jeder einzelne Verstoß gegen diese einstweilige Verfügung kann mit einem Ordnungsgeld in Höhe von 50000 € geahndet werden.

Die einstweilige Verfügung ist mit Verkündung am Dienstag, den 8. Juni, unmittelbar in Kraft getreten. Dass das Land gegen sie Widerspruch einlegen will, ändert an ihrer Rechtskraft nichts (die Widerspruchsentscheidung des OLG Celle ist ohnehin erst nach Abschluss des diesjährigen Schulbuchgeschäfts zu erwarten). Dies bedeutet, dass sich alle Buchhandlungen rechtswidrig verhalten, die im laufenden Schulbuchgeschäft den 12prozentigen Nachlass gewähren. Angesichts dieser zwingenden Rechtslage sieht sich der Börsenverein gehalten, alle Verstöße von Buchhandlungen (auch solche von Mitgliedsunternehmen!) gegen dieses Gebot anwaltlich verfolgen zu lassen und mit Schadensersatz sowie Geldbußen an das Sozialwerk des Deutschen Buchhandels zu ahnden.

Im Übrigen wurde das Land Niedersachsen am 15. Juni in der urheberrechtlichen Angelegenheit vom Börsenverein (der insoweit in Abstimmung auch die Interessen des VdS Bildungsmedien vertritt) abgemahnt. **Es konnte der Eindruck gewonnen werden, dass das Kultusministerium nunmehr vergleichsbereit ist, so dass möglicherweise ab dem 1. Januar 2005 in Niedersachsen (zumindest stufenweise) die Verpflichtung zum Elternkauf eingeführt wird.** Sollte sich diese Erwartung nicht bestätigen, wird in der urheberrechtlichen Sache vom Börsenverein noch in diesem Sommer Klage in der Hauptsache eingelegt.

E&W, Erziehung und Wissenschaft, GEW Niedersachsen, Juni/Juli 2004, 15.06.04, S. 6

Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung gegründet

Ziel: Mindestens 70000 Unterschriften

von Ulf Bröcker

Vor den in der Landeshauptstadt versammelten Kreis- und Stadelternräten sprach Kultusminister Busemann Ende März - wie nicht anders zu erwarten - von den leeren Kassen. Wie immer, wenn man die Bürger/innen auf Rosskuren einschwört, wurde über die Ursachen und die Gewinnler der „schärfsten Krise“ der öffentlichen Finanzen kein Wort verloren. Auch auf die Abschaffung der Lernmittelfreiheit wollte Busemann nicht zu sprechen kommen. Für viele Eltern stellte sich nach dem Treffen die Frage, ob ein Schweigen und Stillhalten nicht geradezu einer förmlichen Einladung zu immer neuen öffentlichen Einsparungen im Bildungswesen gleichkäme, im nächsten Schritt z.B. bei der kostenlosen Schülerbeförderung. ((,deren Erhaltung und Ausweitung der Regionsschülerrat der Region Hannover kürzlich forderte.)) Die Konsequenz: die Gründung einer Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung.

((Tatsächlich ist die Finanzierungsverteilung zwischen öffentlichen und privaten Haushalten im Bildungsbereich ein brisantes Thema. Das Kölner Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie wies aktuell darauf hin, dass sich Deutschland

im OECD- Vergleich „durch einen vergleichsweise hohen Privatfinanzierungsanteil von 18,9 Prozent auszeichnet“ und sich „die privaten Aufwendungen, insbesondere für Schulbücher und Nachhilfe, auf insgesamt 3,6 Mrd. Euro für die allgemeinbildenden Schulen“ jährlich belaufen (Dieter Dohmen, Finanzierung lebenslangen Lernens von der Kita bis zur Weiterbildung, März 2004; ISSN 1610-3548). Die zunehmende private Finanzierung der Lernmittel und Schülerbeförderung wird von vielen als ein „heimliches Schulgeld“ angesehen.))

Die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung wurde in einem Internet- Forum aller niedersächsischer Kreiselterneräte und Stadtelterneräte vorgestellt und diskutiert. Mittlerweile hat sich knapp die Hälfte dieser Elterneräte hinter die Volksinitiative gestellt. Weitere Kreis- und Stadtelterneräte werden auf ihren nächsten regulären Sitzungen vor und nach den Ferien entscheiden. Kurz nach der Zulassung der Volksinitiative am 2. Juni durch den Landeswahlleiter und nach der Berichterstattung in den örtlichen Tageszeitungen meldeten sich Eltern aus dem ganzen Land, um Unterschriftenbögen anzufordern und ihre Unterstützung der Volksinitiative zuzusichern. Auch Kollegien ganzer Schulen haben sich bereits mit ihrer Unterschrift für die Volksinitiative stark gemacht.

Die Volksinitiative hat ein Jahr Zeit, mindestens 70.000 Unterschriften zu sammeln. Jede wahlberechtigte Bürgerin und jeder wahlberechtigte Bürger kann den Unterschriftenbogen unterzeichnen. Nach dem niedersächsischen Volksabstimmungsgesetz werden Vertreter/innen der Volksinitiative in öffentlicher Sitzung vor dem zuständigen Ausschuss des Landtages angehört. Danach fasst der Landtag zum Gegenstand der Volksinitiative einen Beschluss. Je mehr Unterschriften zusammen kommen, desto größer wird der politische Druck.

Es scheint, als ob die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung auf einen bildungspolitischen Unmut im Lande trifft, der sich jenseits von Parteipolitik gegen ein Kaputtsparen im Schulwesen wendet. Ein Unmut übrigens, der sich nicht durch einfühlsame Worte des Kultusministers (Ende April im Landtag) besänftigen lassen wird: „Erst kürzlich wurde ich mit der Situation einer Familie im Großraum Hannover konfrontiert, die vier Töchter hat, von denen die ersten drei am Gymnasium beschult werden und die jüngste die Klasse 4 an der Grundschule besucht. Die Eltern haben einmal ermittelt, was sie im kommenden Sommer für ihre vier Schulkinder ausgeben müssten, wenn sie das, was bisher unter die Lernmittelfreiheit gefallen ist, kaufen müssten. Da kommen 800 Euro zusammen. Mein lieber Mann! Das ist für viele Familien viel Geld.“

Was Busemann nicht weiter rechnet: Ginge man von den Zahlen aus, die die Familie aus dem Großraum Hannover ermittelt hat, käme sie immerhin auf zusätzliche 256 Euro Schulbuchmiete pro Schuljahr (inklusive Ermäßigung für Familien mit drei oder mehr schulpflichtigen Kindern). Die Familie wird nicht 800 Euro sparen, sondern 256 Euro draufzahlen. Merkwürdig ist, dass sich der Kultusminister vor dem Landtag auf die Ermittlung der Familie aus dem Großraum Hannover beruft, statt eigene Berechnungen anzuführen, die die durchschnittlichen Gesamtkosten der Eltern für Schulbücher, Arbeitshefte, Atlanten, Lektüre, Taschenrechner, Kopierkosten etc. nach Jahrgängen und Schulformen auflisten.

Die Volksinitiative wendet sich gegen die zunehmende Privatisierung von Bildungskosten, da diese Kostenverlagerung sozial- und familienpolitisch ungerecht ist. Eltern mit geringerem Einkommen zahlen einen größeren Anteil ihres Einkommens für die Bildung ihrer Kinder als Eltern mit höherem Einkommen. Bürgerinnen und Bürger ohne Kinder sind von der zunehmenden Privatisierung von Bildungskosten in den Grund- und weiterführenden Schulen gar nicht betroffen. Die Volksinitiative fordert daher die sofortige Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit und die Beibehaltung der freien Schülerbeförderung.

((Text in Doppelklammer wurde von der E&W- Redaktion aus Platzgründen gestrichen))

Dpa, 11.06.04

Abschaffung der Lernmittelfreiheit

Nach Protesten der Elternverbände gegen die Abschaffung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen mehrt sich der Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung.

Ohnehin schon benachteiligte Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern sind nach Ansicht des Diakonischen Werkes in Braunschweig unzulässig hart betroffen. Auch SPD-Fraktionschef Sigmar Gabriel unterstützt den Vorstoß gegen die Abschaffung der Lernmittelfreiheit. Vergangene Woche hatten mehrere Elternverbände eine Volksinitiative für kostenlose Schulbücher gestartet. Sie wollen wollen binnen Jahresfrist mindestens 70 000 Unterschriften sammeln.

Soziales Ungleichgewicht

"Wir haben ja nichts dagegen, wenn Kinder von Studiendirektoren die Schulbücher ausleihen oder kaufen, aber in Familien, die wenig Geld haben, geht das eben nicht", sagte der Referent für sozialpolitische Fragen des Diakonischen Werkes, Uwe Söhl, am Donnerstag.

Gabriel kritisierte, die Landesregierung habe in ihrer Haushaltsplanung auch die 9,7 Millionen Euro gestrichen, die ursprünglich für die Unterstützung sozial schwacher Familien zur Verfügung gestanden hätten. "Für diese Leute ist im Landeshaushalt nicht ein einziger Euro vorgesehen." Ein Sprecher des Kultusministeriums betonte jedoch, Bezieher von Sozialhilfe bekämen die Bücher auch im nächsten Jahr kostenlos.

Vom kommenden Schuljahr an schafft die CDU/FDP-Landesregierung die Lernmittelfreiheit in Niedersachsen ab. Die Eltern müssen die Schulbücher für ihre Kinder dann entweder neu kaufen oder von der Schule mieten. Die Leihgebühr soll bei einem Drittel des Neupreises liegen, mehr als 40 Prozent dürfen nicht genommen werden. Die genaue Höhe wird von der Gesamtkonferenz der Schule und der Elternvertretung festgelegt. Familien mit drei oder mehr Kindern sollen einen Rabatt von 20 Prozent auf die Leihgebühr erhalten.

Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit treffe nicht nur Sozialhilfeempfänger, sondern vor allem auch die so genannten Schwellenhaushalte mit geringen Einkommen, kritisierte SPD-Fraktionschef Gabriel. Weitere Einschnitte drohten durch die von Innenminister Uwe Schünemann (CDU) vorgeschlagenen Kürzungen bei der Schülerbeförderung. "Das sind alles in allem über 650 Euro Mehrbelastung im Jahr für Familien, die ein Kind haben und auf dem Lande leben."

Beteiligung der Kommunen?

Der FDP-Bildungsexperte Hans-Werner Schwarz sagte, sozial Schwache dürften langfristig keinesfalls mit dem Kauf der Schulbücher belastet werden. "Wir dürfen diese Menschen nicht im Regen stehen lassen. Egal wer die Mittel zur Verfügung stellt, irgendwo muss das Geld herkommen." Möglicherweise müssten auch die Kommunen in die Pflicht genommen werden. "Damit würde die Landesregierung ihr Versprechen verletzen, die Kommunen nicht weiter finanziell zu belasten", sagte Gabriel.

Nordwest-Zeitung, Stadt Oldenburg, 11.06.04

Landeselternrat warnt vor Schönrechnerei

UNTERRICHTSVERSORGUNG Stopp von Einstellungen gefährdet Schulqualität

*Die Eltern fordern die Regierung auf, ihre Versprechen einzulösen.
Bildungspolitik müsse höchste Priorität haben*

von Marco Seng, Redaktion Hannover

HANNOVER – Eltern und Lehrer fürchten nach den Sparvorschlägen des Landesrechnungshofs um die Unterrichtsqualität an niedersächsischen Schulen. Der Landeselternrat warnte vor einem umfassenden Einstellungsstopp von Lehrern. Wenn die zum neuen Schuljahr ausgeschriebenen Lehrerstellen nicht besetzt würden, werde sich die Unterrichtsversorgung bereits im Schuljahr 2004/2005 dramatisch verschlechtern, erklärte der Vorsitzende des Elternrats, Hans-Jürgen Vogel.

Der Verband rügte, dass die Eltern ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch CDU und FDP immer mehr Sparmaßnahmen hinnehmen müssten. So sei die Lehrerstundenzuweisung durch Änderung des Klassenbildungserlasses reduziert worden. Der Elternrat warf der Koalition vor, die Unterrichtsversorgung auf 100 Prozent schönzurechnen. Kritik übte der Verband auch an der Anhebung der Klassengrößen, der Reduzierung der Anrechnungsstunden für Beratungslehrer und der Aufhebung der Lernmittelfreiheit. Der Elternrat forderte die Landesregierung auf, „der Bildungspolitik höchste Priorität einzuräumen und ihre Versprechen einzulösen“.

Auch Gymnasial- und Realschullehrer sehen die Schulqualität gefährdet. Sie warnten vor einem Einstellungsstopp und Arbeitszeitverlängerung. Kultusminister Bernd Busemann (CDU) kündigte an, dass an den Schulen in diesem Jahr rund 2000 Lehrer neu eingestellt werden.

Börsenblatt – Online Magazin für den deutschen Buchhandel, 09.06.2004

Schulbuchnachlässe sind nicht zulässig

Einstweilige Verfügung gegen das Land Niedersachsen

Das Landgericht Hannover hat dem Land Niedersachsen per einstweiliger Verfügung untersagt, vom Buchhandel Nachlässe bei der Bestellung von Schulbüchern zu fordern, die mit Mieteinnahmen der Eltern finanziert werden.

Damit muss das Land einen Anfang Mai in Kraft getretenen Erlass teilweise korrigieren, mit dem es anstelle der Lernmittelfreiheit nun die Schulbuchmiete eingeführt hat. "Es ist erfreulich, dass der Buchhandel nun Rechtsklarheit für das laufende Schulbuchgeschäft hat und unsere Rechtsposition in vollem Umfang bestätigt worden ist", sagte der Braunschweiger Buchhändler Thomas Wrensch, Vorsitzender des LV Niedersachsen des Börsenvereins, der die einstweilige Verfügung beantragt hatte.

In dem Verfahren wurde über die Anwendung einer Bestimmung des Buchpreisbindungsgesetzes gestritten, wonach der Buchhandel Schulen bei Sammelbestellungen von Schulbüchern, die "überwiegend öffentlich finanziert" sind, einen Nachlass von 12 Prozent auf den gebundenen Ladenpreis gewähren muss. Das Land Niedersachsen hatte den Standpunkt vertreten, dieser Nachlass sei auch unter Geltung des neuen Schulbuchsystems geschuldet.

Das Gericht entschied demgegenüber, dass die für die Schulbuchbeschaffung eingesetzten Mieteinnahmen als private Mittel einzustufen seien, weil die Eltern nach Abschaffung der Lernmittelfreiheit grundsätzlich für die Anschaffung aller

Lernmittel selbst verantwortlich seien. Das Buchpreisbindungsgesetz verpflichte den Buchhandel auch dann, den gebundenen Ladenpreis zu beachten, wenn Schulbücher nicht von den Eltern selbst, sondern mit deren Geld von Schulen beschafft würden. Einen Nachlass könne der Staat nur beanspruchen, wenn er Schulbücher aus Steuereinnahmen oder sonstigen Mitteln der Allgemeinheit erwerbe.

Das Land Niedersachsen hat angekündigt, gegen die Entscheidung Rechtsmittel einzulegen. Da die einstweilige Verfügung sofortige Wirksamkeit entfaltet, darf der 12-Prozent-Nachlass im laufenden Schulbuchgeschäft aber weder von den Schulen verlangt noch vom Buchhandel gewährt werden. "Wir würden es begrüßen, wenn der niedersächsische Kultusminister die Entscheidung zum Anlass nähme, die gesamte Problematik noch einmal zu überdenken. Es nützt niemanden, wenn den Eltern mehrere Jahre alte Schulbücher zu 33 bis 40 Prozent des Neupreises vermietet werden und die Schulen im Lande sich in Leihhäuser verwandeln. Dadurch werden sämtliche positive Effekte der eigentlich richtigen Entscheidung, die Lernmittelfreiheit abzuschaffen, verwässert", sagte Wrensch.

Göttinger Tageblatt, 06.06.04

Bücherkauf „spaltet Schülerschaft in zwei Klassen“

Der Startschuss ist gefallen: Der niedersächsische Landeswahlleiter hat die vom Oldenburger Städtelternrat initiierte Volksinitiative zugelassen. 70 000 Unterschriften wollen die Elternvertretungen zahlreicher Schulen sammeln. Damit wollen sie den Landtag zwingen, ihre Entscheidung erneut im Plenum zu diskutieren und zu überdenken.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Landesregierung beschlossen, dass Schüler ihre Schulbücher ab kommendem August bezahlen müssen - auf dem freien Markt oder über eine Leihgebühr an den Schulen. „Es gibt viele Eltern, die auf jeden Euro angewiesen sind“, sagt der stellvertretende Vorsitzende des Kreiselternrates Göttingen, Uwe Meise. Und viele würden sich schämen zuzugeben, dass sie sich die Bücher für ihre Kinder nicht leisten können. Schon vor diesem Hintergrund sollten die Schulbücher den Schülern wie bisher kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Wenn die öffentliche Hand sparen müsse, solle sie lieber weniger Kindergeld auszahlen, so Meise. Auch der Vorsitzende des Städtelternrates, Bernd Rehme-Lüdemann, fürchtet eine Spaltung der Schülerschaft in zwei Klassen, wenn sich nur Kinder reicher Eltern eigene Bücher kaufen könnten. Zudem habe sich das frühere Verfahren - kostenlos bereitgestellte Bücher für alle Schüler - bewährt. Alternativ zum Neukauf sollen künftig zwar Bücher gegen Gebühr ausgeliehen werden können. Das aber schaffe zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Lehrer. Den Elternvertretungen sei klar, dass sie das bereits beschlossene Gesetz nur schwer gegen die CDU/FDP-Landesregierung kippen könnten, räumt Rehme-Lüdemann ein. Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit aber sei „nur ein Baustein einer großen Sparwelle im Schulbereich“.

Bedenklich sei zum Beispiel auch die immer wieder von Politikern angeregte Reform der Schülerbeförderung - zu Lasten der Eltern. Ziel der Initiative sei aus Göttinger Sicht vor allem, auf das Thema aufmerksam zu machen und eine öffentliche Diskussion anzustoßen, sagt Rehme-Lüdemann. Dafür wollen sowohl der Stadt- als auch der Kreiselternrat die Unterschriftenaktion zur Volksinitiative im ihrem Bereich organisieren. Überschrieben sind die bereits vorbereiteten Unterschriftenlisten mit dem Titel „Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung“.

Salzgitter Zeitung, 04.06.04

4000 Unterschriften aus Salzgitter

Umfrage zur Abschaffung der Lernmittelfreiheit - Bildungskosten für Familien steigen

Von Verena Klein

SALZGITTER. Vom Schuljahr 2004/2005 an müssen Eltern tiefer in die Taschen greifen, um die Bildung ihrer Kinder zu finanzieren. Schuld daran ist die Abschaffung der Lernmittelfreiheit.

Die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung, die am Mittwoch zugelassen wurde (wir berichteten), hebt die Aktualität dieses Themas wieder hervor, so dass die SZ eine Umfrage zum Thema "Wie ist ihre Einstellung zur Abschaffung der Lernmittelfreiheit?" startete. Es wurden Schüler, Eltern und solche, die es noch werden wollen, befragt.

Mit einem Kopfschütteln beantwortet Svenja Witte (16) die Frage, ob sie es gut finde, dass Familien nach dem Beschluss der Landesregierung Schulbücher selber finanzieren müssen. "Schule ist doch Pflicht, also müssten die Bücher auch gestellt werden", so ihre Auffassung. Ihre Mitschüler von der Emil-Langen-Realschule nicken zustimmend.

Auch Carola Schnute, die selbst ein Kind in der 8. Klasse hat, findet es "schlimm", dass die Bücher sehr teuer seien, und sie wird sie aus diesem Grund von der Schule ausleihen. So auch die Mutter Donja Gutjahr, die allerdings den Teil der Bücher, der - wie Biologie- oder Physikbücher - mehrere Jahre verwendbar ist, kaufen wird.

Das Weiterverkaufen der Bücher sieht die Mutter Christine Mylius als richtig an, da die Kosten sonst zu enorm seien. "Das kenne ich von früher."

Die befragten Jugendlichen sind sich einig, dass es nichts bringe, Bücher für ein Jahr zu kaufen. Einige Schüler des Kranich-Gymnasiums sehen den Sinn im Kauf einzelner Bücher, wie zum Beispiel die Formelsammlung "Tafelwerk", die ein Leben lang benutzbar sind. Alte Bücher von oberen Klassen zu erwerben könnte eine weitere Möglichkeit sein, Kosten zu verringern.

Es fanden sich jedoch auch positive Stimmen von älteren Leuten, die für die Abschaffung der Lernmittelfreiheit plädierten, da Schüler mit den gestellten Büchern oftmals unvorsichtig umgingen und achtsamer werden würden. Man könnte eine Teilfinanzierung in Betracht ziehen.

Nach den Sommerferien wird die Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung, die gegen die stärkere Belastung der Eltern und gegen die immer stärkere Privatisierung der Bildung kämpft, anfangen, die erforderlichen 70 000 Unterschriften zu sammeln.

"Wir rechnen mit mindestens 4000 Unterschriften aus Salzgitter", informierte Uwe Meding, Stadtelterneratsvorsitzender und Mitinitiator der Initiative. Weiterhin sei eine Infoveranstaltung nach den Sommerferien geplant. Wer sich informieren oder den Unterschriftenbogen herunterladen möchte, kann dies im Internet unter www.stadtelternrat-salzgitter.de tun.

Nordwest-Zeitung, Stadt Oldenburg, 03.06.04

In Bildung muss investiert werden

BRÖCKER zu Volksinitiative der Eltern

Von Marco Seng

Die Initiative fordert die Abschaffung der Schulbuch-Ausleihe und ein Ende der Diskussion um kostenpflichtige Schulbusse. Ihr Sprecher Ulf Bröcker sieht Chancen, dass die Regierung einlenkt.

Frage: Herr Bröcker, was hat Sie zu der Volksinitiative in Sachen Lernmittelfreiheit veranlasst?

Bröcker: Auslöser war der Auftritt des Kultusministers bei einem Treffen der Elternräte im März in Hannover. Busemann hat dabei immer nur vom Sparzwang gesprochen. Wir halten diesen Weg für falsch. Es muss im Gegenteil darum gehen, mehr Geld in die Bildung zu investieren.

Frage: Mit welcher zusätzlichen Belastung rechnen Sie, wenn Eltern auch für Schulbücher bezahlen müssen?

Bröcker: Das hängt von der Schulform ab. Es können bis zu 250 Euro pro Kind und Schuljahr werden. Sollte der Schulbus auch kostenpflichtig werden, kommen in den ländlichen Regionen auf die Eltern bis zu 500 Euro jährlich dazu. Es ist aber nicht gerecht, wenn alle den gleichen Preis zahlen. Für die eine Familie ist das der Spargroschen, für die andere ein Klacks. Die Eltern sollen immer mehr bezahlen und gleichzeitig immer mehr Aufgaben übernehmen. Wenn wir jetzt nachgeben, kommt es noch schlimmer.

Frage: Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten ein?

Bröcker: Wir brauchen binnen eines Jahres 70 000 Unterschriften, damit sich der Landtag mit den Themen befassen muss. Ich hoffe aber auf bis zu 600 000 Stimmen. Der Unmut der Eltern ist groß, Viele merken jetzt erst, worum es geht. Je mehr Eltern sich beteiligen, desto größer ist die Chance, dass wir die Landesregierung doch noch zum Einlenken bewegen.

Frage: Ist der Unmut der Eltern wirklich so groß, wie Sie ihn beschreiben?

Bröcker: Die Diskussion wurde in allen Stadt- und Kreiselternräten im Land geführt. Ein Großteil hat sich einstimmig hinter die Initiative gestellt. Wir haben große Unterstützung in ganz Niedersachsen.

Frage: Hoffen Sie auf Hilfe aus der Politik, von der Opposition etwa?

Bröcker: Nein. Das ist eine Elterninitiative und keine parteipolitische Veranstaltung.

Die Tageszeitung, Nord, 03.06.04

Gegen "heimliches Schulgeld"

Volksinitiative gegen die Abschaffung der Lernmittelfreiheit und weniger Geld für Schülerbeförderung konstituiert sich in Hannover. Eltern peilen 140.000 Stimmen an

Hannover taz Dass Kultusminister Bernd Busemann (CDU) bei jeder nur erdenklichen Gelegenheit den alten Spruch vom "nackten Mann, dem man nicht in die Tasche greifen kann" zitiert, geht Ulf Bröcker "schon lange auf die Nerven". Deshalb, aber vor allem, weil der Oldenburger Stadtelterrat gegen die

"Einführung eines heimlichen Schulgeldes" ist, hat er gestern zusammen mit Kreiselternräten aus ganz Niedersachsen die "Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung" ins Leben gerufen.

Innerhalb eines Jahres müssen 70.000 Unterschriften zusammenkommen, damit sich der Landtag mit dem Thema befasst. Die Initiatoren rechnen sogar mit 140.000 Stimmen und mit moralischem Druck auf die Parlamentarier. Eltern sind schließlich Wähler.

Niedersachsen schafft die Lernmittelfreiheit als erstes Bundesland im Norden ab. Während Bremen wie Schleswig-Holstein weiter für die Schulbücher aufkommen, plant jedoch auch der Hamburger Senat gerade, die Zuschüsse für Lernmittel um 1,25 auf 15,7 Millionen Euro zu senken. Der Grund dafür: Ein 40 Millionen Euro großes Loch bei der Finanzierung der Kitas. Im vergangenen Jahr hatte in Hamburg ausgerechnet die Schill-Partei noch verhindert, dass Eltern für Schulbücher zur Kasse gebeten werden.

In Niedersachsen müssen Eltern die Bücher für ihre Kinder schon ab dem kommenden Schuljahr entweder neu kaufen oder zu etwa einem Drittel des Preises von der Schule mieten. Familien mit drei oder mehr Kindern bekommen einen Rabatt von 20 Prozent auf die Leihgebühr. Die "zunehmende Privatisierung von Schulkosten lehnen wir als sozial- und familienpolitisch ungerecht ab", sagte Bröcker. Er rechnet mit Kosten in Höhe von 150 bis 180 Euro pro Jahr und Schüler. Das würde "eine Reihe von Eltern in Bedrängnis bringen". Die von Schwarz-Gelb debattierte Kürzung der Gelder für die Schülerbeförderung bringt die Elternvertreter erst recht auf die Palme. Im Raum Helmstedt kostete eine Schülerkarte für den Bus etwa 500 Euro im Jahr.

Mit dieser Forderung schlugen sich die Eltern sogar auf die Seite des Kultusministers. Busemann hatte sich Anfang des Jahres gegen Innenminister Uwe Schünemann (CDU) durchgesetzt, der den Kommunen künftig völlig freistellen wollte, ob sie für die Beförderung der Schüler Geld verlangen. Schon jetzt haben die Gemeinden aber die Möglichkeit, für Schulbus und -bahn zu kassieren. Grundsätzlich verpflichtet das Schulgesetz zwar Landkreise und kreisfreie Städte, den Eltern das Busticket zur Schule zu erstatten. Dabei kann jedoch eine Mindestentfernung zwischen Wohnung und Schule festgelegt werden, von der an die Beförderung kostenlos ist." ksc

Neue Presse, Hannover, 02.06.04

Volksinitiative für Lernmittelfreiheit

Stadtelternrat will 70 000 Unterschriften sammeln. Landesweite Aktion geplant.

Der Stadtelternrat Hannover macht mobil gegen die Abschaffung der Lernmittelfreiheit. Heute soll eine landesweite Volksinitiative starten.

Von Julia Pennigsdorf

HANNOVER. Hannovers Eltern geben sich kämpferisch. Sie wollen die von nächstem Schuljahr an geltende Abschaffung der Lernmittelfreiheit nicht hinnehmen und setzen auf demokratische Gegenwehr. „Heute setzt Niedersachsens Landeswahlleiter Karl-Ludwig Strelen das Ganze offiziell in Kraft. Damit fällt der Startschuss für eine landesweite Volksinitiative“, teilt der Stadtelternratsvorsitzende Richard Lochte mit. 70 000 Unterschriften wollen die Eltern in einem Jahr mindestens zusammenbekommen. Vorreiter der Initiative ist der Stadtelternrat Oldenburg, rund die Hälfte aller Elternvertretungen in Niedersachsen unterstützt die Aktion aktiv.

Hannoversche Familien erhalten unterdessen in diesen Tagen von den Schulen die Listen, die sie für ihre Kinder fürs kommende Schuljahr kaufen oder für 30 bis 40 Prozent des Neupreises mieten müssen. Teuer werden die Bücher für Eltern von Gymnasiasten. Bis zu 250 Euro können pro Halbjahr fällig werden. Bei Lehrern stößt das Mieten wegen des Verwaltungsaufwandes auf Kritik. Sie bevorzugen Privatbesitz, damit die Schüler Notizen machen können. Viele befürchten eine Aufteilung der Schüler in zwei Klassen. Wie die einzelnen Schulen das Mietmodell umsetzen, sorgt beim Städtelternrat Hannover für Kritik. „Das Ganze ist chaotisch, mit der heißen Nadel gestrickt. Eltern wurden kaum beteiligt“, so Lochte. Zuletzt gab es Probleme, weil die Sparkasse die Konten, die Schulleiter für die Mietgebühren eingerichtet hatten, nicht rechtzeitig freigeschaltet hatten.

Harburger Anzeigen und Nachrichten, 01.06.04

Schulpolitik: Eltern platzt der Kragen

Volksinitiative bündelt den Protest

Von Claudia Michaelis

Nenndorf/Hannover. Knapp anderthalb Jahre nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen ist bei vielen Eltern im Land die anfängliche Begeisterung über den schulpolitischen Kurswechsel der neuen CDU/FDP-Landesregierung weitgehend verflogen. Hatten zuvor die ständigen Änderungen und Neuerungs-Vorschläge der SPD unter Federführung der damaligen Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper für erheblichen Unmut bei Pädagogen und Eltern gesorgt, gerät jetzt auch die Schulpolitik von Kultusminister Bernd Busemann (CDU) zunehmend in die Kritik der Betroffenen.

Eltern im Landkreis Harburg und in ganz Niedersachsen sammeln deshalb jetzt Unterschriften für eine andere Schulpolitik. In einer Volksinitiative machen sie zunächst ihrem Unmut über Buskosten und eine höhere finanzielle Belastung durch Schulbücher Luft die Lernmittelfreiheit wird, wie mehrfach berichtet, zum kommenden Schuljahr abgeschafft.

Im Rahmen eines Treffens aller Kreis-Elternräte aus dem Bezirk Lüneburg im Nenndorfer Gasthaus Böttcher hat der Kreis-Elternrat Harburg-Land diese Entwicklungen jetzt eingehend in großer Runde erörtert. Viele Eltern erlebten die derzeitige Schulpolitik als einen Orkan, der in der Schullandschaft vieles durcheinander wirble, dabei mancherlei Trümmer, aber nichts Besseres hinterlasse, resümierte der Kreis-Elternratsvorsitzende Fritz Hullen nach dem Treffen.

Die Eltern kritisieren, die Lehrer würden kaum darin unterstützt, die unterschiedlichen Begabungen ihrer Schüler zu erkennen und zu fördern. Statt dessen sollen sie die Schüler, die zu wenig gelernt haben, aus- und wieder einsortieren und sitzenbleiben lassen, konstatiert Hullen angesichts des Wegfalls der Orientierungsstufe: "Dabei zeigen Pisa und andere internationale Vergleiche, dass Schüler, deren individuelle Stärken im gemeinsamen Unterricht erkannt werden, mehr wissen als jene, die früh in unterschiedliche Schulkästchen sortiert werden." Zwar sage Busemann, dass die Schüler künftig stärker gefördert werden sollen, die Eltern stellten aber fest, dass die notwendigen Mittel, um alle Lehrer durch Weiterbildung auf diesen Weg mitzunehmen, nicht bereitstünden. Unterschriftenlisten für die Initiative bekommen Eltern unter der E-mail-Adresse volksini.lernmittel@gmx.de

Braunschweiger Zeitung, 01.06.04

Eltern: Schulbücher kostenlos

Volksinitiative wehrt sich gegen zunehmende Privatisierung von Bildungskosten

Von Michael Ahlers

HANNOVER. Niedersachsens Eltern kämpfen dagegen, dass der Schulbesuch noch teurer wird: Morgen will sich die landesweite "Volksinitiative für Lernmittelfreiheit und freie Schülerbeförderung" bei Landeswahlleiter Karl-Ludwig Strelen registrieren lassen. "Die zunehmende Privatisierung von Bildungskosten ist sozial- und familienpolitisch ungerecht", heißt es zur Begründung.

"Der niedersächsische Landtag möge ein Gesetz beschließen, mit dem die zum Ende des Schuljahres 2003/2004 abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder eingeführt wird", fordert die Initiative. Weiter heißt es: "Im Übrigen möge der Landtag durch die Schaffung oder Beibehaltung gesetzlicher Regelungen sicherstellen, dass die Mittel für Schülerbeförderung auch zukünftig nicht zu Lasten der Eltern gekürzt werden."

Eine Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung hatte Innenminister Uwe Schünemann ins Spiel gebracht. "Wir wollen erst mal abwarten, wie die Beteiligung läuft", sagt Ulf Bröcker aus Oldenburg, Sprecher der Initiative. Sie habe ein halbes Jahr Zeit, mindestens 70 000 Unterschriften zu sammeln.

Der Haken: Zwar muss sich dann der Landtag mit dem Thema befassen. Dort aber haben CDU und FDP die Mehrheit - jene Fraktionen, die zusammen mit der Landesregierung mit der Lernmittelfreiheit Schluss machen, weil im Landeshaushalt fast zwei Milliarden Euro gekürzt werden müssen. "Es ist die beste aller schlechten Lösungen", heißt es im Regierungslager zum Umstellen auf das "Mietmodell", bei dem die meisten Schulbücher gegen Entgelt von der Schule ausgeliehen werden.

Die Volksinitiative droht daher von der Koalitionsmehrheit abgeblockt zu werden. "Wir hätten lieber ein Volksbegehren gemacht", räumt Bröcker ein. Dafür sind die Hürden aber sowohl rechtlich als auch was die Zahl der Unterschriften angeht höher - bislang noch zu hoch für die Initiative.

Braunschweiger Zeitung, 01.06.04

KOMMENTAR: Schul-Sparen

Von Michael Ahlers

Die Kassen sind leer, doch das Kürzen von Ausgaben provoziert zunehmend Widerstand. Mit einer Volksinitiative wollen Niedersachsens Kreis- und Stadtälternräte Druck auf die Regierung Wulff machen. Ihnen passt es nicht, dass immer von Vorfahrt für Bildung und von der Bedeutung der Familien geredet wird, diese aber regelmäßig tiefer in die Tasche greifen sollen.

Was liegt da näher als die Forderung, an der lieb gewonnenen Lernmittelfreiheit festzuhalten und auch an der freien Schülerbeförderung nicht zu rütteln? So frei ist die Lernmittelfreiheit ja schließlich schon jetzt nicht. Für Atlanten, Lektürehefte, Materialien, Taschenrechner und vieles mehr müssen Familien selber zahlen. Wer behaupte da, die Eltern leisteten keinen Beitrag?

Die Absichten der Initiative sind ehrenhaft, der Weg zum Erfolg allerdings ist steinig. Denn angesichts einer gigantischen Staatsverschuldung steht Sparen auf dem Stundenplan. Wo ganze Hochschulen um ihren Bestand zittern, wo Blindengelder gekürzt werden, Aids-Hilfen ums Überleben kämpfen und es selbst den

Staatsdienern ans Portmonee geht, ist der Kampf um alte Vorrechte kaum zu gewinnen.

Ein Zurück zur Lernmittelfreiheit wird und kann es deshalb nicht geben. Das weiß auch der einflussreiche Landeselternrat, der sich bedeckt hält. Es kann jetzt nur darum gehen, die weiteren Belastungen für die Eltern möglichst gering zu halten – durch wenig Bürokratie beim Ausleihsystem und möglichst niedrige Kosten. Öffentlicher Druck kann dabei nicht schaden.

EuW (Erziehung u. Wissenschaft), Zeitung der GEW Niedersachsen, 05/2004, S. 8

Das Land zieht sich aus der Verantwortung zurück

GEW zur Abschaffung der Lernmittelfreiheit

Die GEW kritisiert in ihrer Stellungnahme im Anhörungsverfahren, dass das Land Niedersachsen sich aus der Verantwortung für die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler zurückzieht und den Familien die finanzielle Verantwortung für die Bezahlung der Schulbücher überträgt.

In der Stellungnahme heißt es u. a.: Durch die Einführung eines Leihsystems versucht die Landesregierung die Belastungen der Eltern zu begrenzen. Sie hat erkannt, dass große Teile der Elternschaft den jährlichen Kauf neuer Schulbücher nicht tragen können und ihn auch nicht leisten würden.

Das Leihsystem wird überhastet eingeführt und weist gravierende Mängel auf. Den Schulen, Schulleitungen und Lehrerinnen und Lehrern wird zugemutet, die Verantwortung und die Arbeit für Probleme zu übernehmen, die das Kultus- und Finanzministerium vorab hätten klären müssen.

Leihsystem mit gravierenden Mängeln

Insbesondere wird kritisiert, dass die Ungleichheit der Bildungschancen durch das neue System der Schulbuchbeschaffung weiter zunimmt.

Die GEW lehnt den Erlass daher ab.

In dem bisher bestehenden kostenlosen Entleihsystem bekam jede Schülerin und jeder Schüler pünktlich zum Schuljahresanfang an jeder Schulform die gleichen Schulbücher. Wenn auch teilweise Bücher aufgrund der unzureichenden finanziellen Ausstattung und der daraus folgenden Beschaffungsregelungen teilweise veraltet waren, so ist es den Schulen aufgrund kluger Bewirtschaftung in der Regel gelungen, ein hochwertiges Lernmittelangebot bereitzustellen. Dieses Ziel ist mit der neuen Regelung nicht mehr gewährleistet.

Die Kosten für die Leihe sind so hoch angesetzt, dass für viele Familien mit niedrigem, aber knapp über dem Sozialhilfesatz liegendem Einkommen die Bezahlung der Leihgebühren schwer fällt. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Mütter, die keinen Vollzeit-Normalarbeitsplatz bekommen.

Abkehr von einem hochwertigen Lernmittelangebot

Für andere Familien ist die Leihe oder die Vollfinanzierung kein Problem. Einige Eltern werden also ihren Kinder die neuesten Auflagen der Schulbücher kaufen, auch mit dem Gedanken, dass sie dann in den eigenen Büchern Markierungen und Anmerkungen eintragen können. Ein anderer Teil der Eltern wird die Leihgebühren pünktlich entrichten. Ihre Kinder erhalten nicht die neuesten Buchauflagen und dürfen nicht in die Bücher schreiben.

Nicht geklärt ist, wie die Kinder unterrichtet werden sollen, deren Eltern die Leihgebühren nicht oder nicht pünktlich bezahlen. Sollen

die Bücher vorab ausgeteilt und soll auf dem Rechtswege die Finanzierung eingeklagt werden? Oder sollen die Bücher erst nach erfolgter Bezahlung

ausgegeben werden? Die Verantwortung für die Lösung dieser Fragen wird den Kollegien und Schulleitungen zugeschoben.

Für die Kosten der Schulbücher von Familien, die von Sozialhilfe und Zuwendungen nach dem Asylgesetz leben, sollen die Kommunen die Kosten tragen, ohne dass die Kommunen im Wege des Finanzausgleichs für diese Aufgabe entschädigt werden. Diese Probleme werden an den verschiedenen Schulformen und bei den verschiedenen Schulträgern in unterschiedlichem Maße auftreten.

Ungeklärte Fragen

Neu ist, dass Eltern auch einen Teil der Gehaltskosten des Verwaltungspersonals übernehmen sollen. So sollen über die Leihgebühren „Hilfskräfte“ finanziert werden, die die Beschaffung und bürokratische Bewältigung der Buchleihe leisten sollen. Die Kollegien kommen in die Lage, sich vor den Eltern für diese Kosten rechtfertigen zu müssen oder die umfangreichen Arbeiten selbst zu übernehmen. Die zusätzliche Arbeit der Lehrkräfte taucht in der Kostenkalkulation des Ministeriums nicht auf.

Die ungeklärten Finanz- und Rechtsfragen sind grundlegender Natur.

1. Ist die entgeltliche Leihe von Veröffentlichungen von Schulbuchverlagen gegen deren Willen rechtlich zulässig? Die Verlage verneinen dies.
2. Welche Rechtsnatur hat der Träger des Verleihunternehmens?
3. Welche Rechtsfolgen können für Schulleitungen auftreten?
4. Sollen Vereine gegründet werden, deren Zweck eine wirtschaftliche Betätigung ist?
5. Welche steuerlichen Verpflichtungen folgen aus der Wirtschaftstätigkeit des entgeltlichen Verleihens?
6. Wie fließen die Steuern in die Kalkulation der Leihgebühren ein?
7. Besteht bei Kauf zum Zwecke der entgeltlichen Leihe ein Anspruch auf Rabatte des Buchhandels bzw. der Verlage oder geht dieser verloren?
8. Die Finanzierung des Rabattsystems für kinderreiche Familien, das der Minister im Landtag angekündigt hat, ist nicht geklärt.
9. Wer ist Arbeitgeber der Entleih-Verwaltungshilfskräfte?
10. Zu welchem Entlohnungsbedingungen sollen diese eingestellt werden?

An dieser unvollständigen Auflistung wird deutlich, dass der vorliegende Erlass nicht mit der gebotenen Sorgfalt und Ruhe erstellt wurde. Die Eltern der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler und die Schulen sollen die von der Regierung nicht gelösten Probleme lösen.